

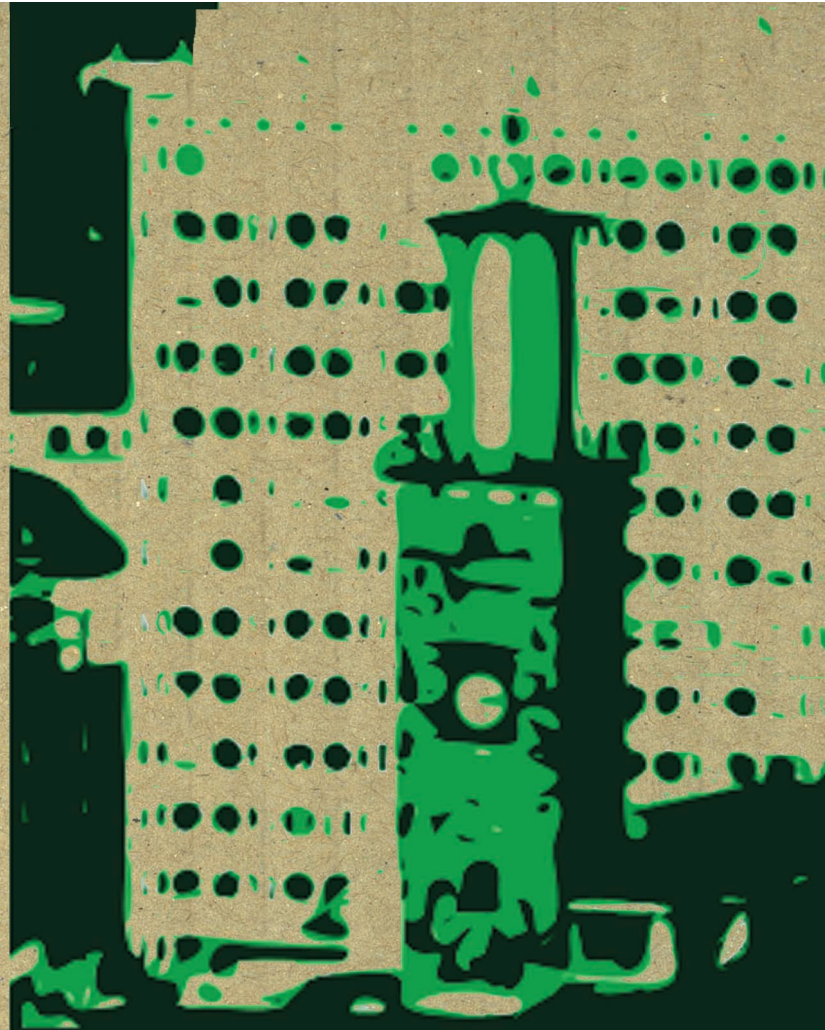
HAGEN BEGRÜNEN!

DAS PROGRAMM
2009-2014

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



ZEIT-FUER-GRUEN.DE



Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	1	4. Kinder, Jugend, Bildung	19
2. Stadtentwicklung, Umwelt Energie	2	Zeit für die Zukunft , Zeit für ...	
Zeit für Nachhaltigkeit , Zeit für ein kinderfreundliches Hagen	19
... umweltgerechte Stadtentwicklung	2	... eine ganzheitliche Pädagogik	20
... Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung	2	... Schulen als Häuser des Lernens	20
... Mobilität	3	... Ausbildung	23
... saubere Luft	5	5. Kultur und Sport	25
... Lärmschutz	5	Zeit für ein lebendiges Hagen , Zeit für ...	
... mehr Grün in der Stadt, naturnahe Flusslandschaften	7	... Weiterbildung und Kultur	25
... weniger Flächenverbrauch	7	... Sport in Hagen	26
... zukunftsfähige Landwirtschaft	7	6. Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung	30
... gesunden Wald	8	Zeit für Führung mit Plan , Zeit für ...	
... Naturschutz	9	... einen ehrlichen Kassensturz	30
... Klimaschutz	9	... verantwortliches Haushalten	32
... Wasser, Wind und Sonne	10	... Personalentwicklung bei der Stadtverwaltung	35
... moderne Energiedienstleistung	12	... zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung	39
... gesundes Trinkwasser	12	7. BürgerInnenbeteiligung, Transparenz	41
... hochwertiges Bauen und Pflege der Bestandsbauten	13	Zeit für den Durchblick , Zeit für ...	
... kommunale Wohnungspolitik	14	... mehr BürgerInnenbeteiligung	41
3. Soziales	15	... Geschlechtergerechtigkeit	42
Zeit für Teilhabe , Zeit für Integration	43
... sozialen Ausgleich	15	... Transparenz	45
... ein altersgerechtes Hagen	16	... mehr direkte Demokratie	46
... Barrierefreiheit	17	8. Zeit für GRÜN, Zeit für unser Team	49
... präventive Drogenpolitik	18		

Liebe Hagenerinnen und Hagener,

schön, dass Sie sich für das Kommunalwahlprogramm der Hagener GRÜNEN interessieren. Hier lesen Sie die Ziele, die uns als verbindliche Arbeitsgrundlage leiten und die wir für Hagen erreichen wollen. Daran können Sie uns messen.

Hagens Finanzlage ist dramatisch. Das Haushaltsdefizit ist trotz aller Kürzungen weiter gewachsen. Die Stadt ist bereits überschuldet, bevor die Finanzkrise Hagen voll erreicht. 2009 bis 2014 ist der Zeitraum, in dem Hagen seinen Haushalt nach den Vorgaben der Kommunalaufsicht in Arnsberg konsolidieren soll, - koste es, was es wolle! Sämtliche städtischen Leistungen stehen auf dem Prüfstand. Für manch andere Partei steht nicht im Vordergrund, was die HagenerInnen brauchen, sondern nur, was die Daseinsvorsorge kostet. Busnetz, Bäder, Büchereien, kulturelle und soziale Infrastruktur werden Opfer dieser Einstellung.

Diesen einseitigen Blick haben die Hagener GRÜNEN nicht!

Wir wissen: Der Schuldenberg belastet die nachfolgenden Generationen. Aber ein lebensfähiges Hagen ist für sie von gleicher Bedeutung. Wichtige Leistungen müssen erhalten bleiben, auch wenn sie kosten. Die Hagener GRÜNEN haben sich bisher der Konsolidierung nicht verweigert und werden dies auch in Zukunft nicht tun. Leitlinien für unser politisches Handeln sind: Soziale Gerechtigkeit, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit, Transparenz und Bürgerbeteiligung. Dafür steht unser Team für den Stadtrat und die Bezirksvertretungen, dafür stehe ich als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Hagen. Bewusst beginnen wir unser Programm nicht mit der Finanzlage, auch wenn sie alles überlagert. Denn: Hagen hat viel Erhaltens- und Bewahrenswertes - Hagen ist mehr als sein Schuldenberg!

Wenn Sie dem zustimmen, und wenn Sie eine Grüne Fraktion im Rat wollen, die immer wieder daran erinnert, - machen Sie uns stark! Am 30. August heißt es: Zeit für Veränderung, Zeit für einen Wechsel, Zeit für GRÜN im Hagener Rathaus!

Ihr Joachim Riechel



**Mit Joachim Riechel
kann Hagen rechnen**

www.joachim-riechel.de

Die Hagener GRÜNEN erklären:

- Stadtentwicklung ohne den Schutz von Natur, Landschaft und natürlichen Ressourcen schadet den Menschen, die in Hagen leben. Deshalb gehören in unserem Wahlprogramm Stadtentwicklungs-, Umwelt- und Energiepolitik zusammen. Es ist Zeit für ein Umdenken in der Stadtentwicklung.
- In Zeiten des demografischen Wandels und angesichts rückläufiger Einwohnerzahlen sowie der Krise öffentlicher Haushalte muss Stadtentwicklung neu ausgerichtet werden.

Stadtentwicklung konzentriert sich auf:

- die Vermeidung weiteren Flächenverbrauchs.
- den Rückbau überflüssiger kommunaler Infrastruktur.
- die Stützung und Aufwertung der gewachsenen Stadtteile bzw. Wohngebiete.
- die Reaktivierung brach gefallener Industrie- und Gewerbeflächen.
- eine Verkehrsplanung, die auf diese geänderten Perspektiven eingeht.
- eine konsequente Beteiligung aller öffentlichen und privaten AkteurInnen in allen Phasen des Erneuerungsprozesses. Nur so lassen sich Konzepte entwickeln, mit denen gewachsene (Wohn)-Gebiete vor dem weiteren Verfall geschützt, behutsam aufgewertet und neu geordnet werden können.

2. Stadtentwicklung, Umwelt, Energie: Zeit für Nachhaltigkeit

Zeit für umweltgerechte Stadtentwicklung

Hagen ist mehr als eine Einkaufszone oder ein Verkehrsknotenpunkt. Hagen ist ein Ort zum Leben, unsere Stadt. Die schwarzrotgelb und „bürgerbewegte“ Mehrheit im Stadtrat hält Umweltaspekte bloß für überflüssige Hindernisse für die Stadtentwicklung.

Zeit für Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung

Bauvorhaben und Eingriffe in Natur und Landschaft berücksichtigen meist nur den momentanen Nutzen, aber nicht, ob das Ganze zur Entwicklung der Gesamtstadt passt und welche Bau- und Planungsruinen man unseren Nachkommen hinterlässt.

Das Leitbild dieser Stadt sollte geprägt sein vom Ziel einer kompakten Stadt mit einem geschlossenen und attraktiven Innenstadtbild, von gut entwickelten Nebenzentren mit hoher Wohnqualität und Randgebieten mit hohem Erholungswert.

Infrastruktur, Erschließungs- und Entwicklungstempo müssen sich an den Bedürfnissen kommender Generationen orientieren.



Zeit für Mobilität – mit besserem ÖPNV, nicht nur mit dem Auto

Hagen muss heute die traurigen Folgen einer Verkehrspolitik ausbaden, die jahrzehntelang nur die Interessen der Autofahrer im Auge hatte. Der Innenstadtring und auch die Ausfallstraßen sind an den Grenzen ihrer Kapazität angelangt. Hagen dient dem auswärtigen Schwerlastverkehr als Durchfahrt, um die Autobahnkreuze zu meiden oder die Maut zu prellen. Die Luftverschmutzung durch den Straßenverkehr ist eine der höchsten in ganz NRW. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird ausgedünnt bis zur Unbrauchbarkeit. Radfahren ist auf Hagens Straßen lebensgefährlich.

Die Leitlinien GRÜNER Verkehrspolitik verlangen zwingend, dass die vom Rat beschlossene Vorrangpolitik für den ÖPNV tatsächlich umgesetzt wird. Der Gesamtanteil des ÖPNV am Verkehrsaufkommen müsste in Hagen deutlich erhöht werden. Die Erreichbarkeit der City und aller Nebenzentren mit allen Verkehrsträgern müsste gewährleistet sein. Nur eine verkehrlich gut erschlossene Anbindung der City weist Hagen auch im Umland als Einkaufs- und Kulturstandort aus.

Öffentlicher Personennahverkehr müsste Mobilität für alle sichern. Das gehört untrennbar zur Daseinsvorsorge – leider nicht so in Hagen. Hier wird gekürzt, gekürzt und noch mal gekürzt. In den vergangenen Jahren floss unter dem Stichwort „Linie Mensch“ viel Geld in eine Überarbeitung des Busnetzes. Aber aus der „Linie Mensch“ wurde sehr schnell die „Linie Murks“. Das Defizit der Hagener Straßenbahn stieg trotzdem weiter. Innere Organisationsverbesserungen bei Personal und Betriebsabläufen sind ausgereizt. Das städtische Haushaltsloch bescherte dem Verkehrsbetrieb in jüngster Zeit gleich mehrere Kürzungsrunden. Denn die Stadt kann die Verluste der Hagener Straßenbahn nicht ausgleichen. Deswegen werden nun die Standards für die BusnutzerInnen eingeschränkt.

Die Hagener GRÜNEN meinen:

- Ziel nachhaltiger Stadtentwicklung muss es sein, in Hagen Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen anzusiedeln sowie attraktive Wohngebiete, zu erhalten - beides vorrangig im Bestand. Neuausweisungen sind nur bei nachgewiesenem Bedarf erforderlich.
- Die Aufmerksamkeit muss verstärkt auf die traditionellen gewerblich bzw. industriell genutzten Entwicklungskorridore in den Tal-Lagen entlang von Ennepe, Lenne und Volme gelenkt werden. Ihre weitere Entwicklung beeinflusst besonders die Struktur- und Entwicklungsperspektiven der angrenzenden Wohngebiete und ersetzt die Ausweisung neuer Gewerbeflächen im Außenbereich.

Die Hagener GRÜNEN wollen folgende Leitlinien für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik:

- Hagen muss eine Stadt der kurzen Wege werden.
- Die Schadstoffwerte in der Atemluft müssen runter.
- Sicherheit im Straßenverkehr muss auch für unmotorisierte Verkehrsteilnehmer gelten.

Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Keine weiteren Einschränkungen im Liniennetz der Hagener Straßenbahn.
- Rücknahme der Liniestreichungen vom Juni 2009.
- Keine weiteren Veränderungen in der Erschließungstiefe von Wohngebieten.
- Weiterhin kurze Wege zu den Haltestellen.
- Ausreichende Taktfrequenzen.
- Attraktive Umsteigemöglichkeiten.
- Keine Einschränkungen im Sonntags- bzw. Freizeitverkehr.
- Keine weiteren Ausdünnungen im Nachtverkehr.
- Bessere Verknüpfung und Anbindung mit dem SPNV (Schienenpersonennahverkehr)
- Gespräche mit der Bahn zur Verbesserung der Bahnhöfe und ihres Umfeldes.
- Durchgängige barrierefreie Nutzung des ÖPNV.



ZEIT FÜR MEHR
BUSSE UND BAHNEN.

ZEIT FÜR GRÜN.



Die Kürzungen gehen ans „Eingemachte“; Angebotsabbau lautet die Devise. Mit Kürzungsrunde 2 seit Juni 2009 wurden Fakten geschaffen, die nicht mehr zu tolerieren sind: Linien fallen weg, einzelne Stadtteile sind in den Schwachlastzeiten praktisch abgeschnitten, und am Wochenende ist selbst die City kaum zu erreichen. Eine der saubersten öffentlich geförderten Busflotten in NRW bleibt im Depot stehen.

Die politische Mehrheit in Hagen – egal, ob schwarz, rot, gelb oder „bürgerbewegt“ – verschließt Augen und Ohren vor den Entwicklungen, die den Verkehr in den kommenden Jahren prägen werden. Sei es der demografische Wandel, sei es die Zunahme des Individualverkehrs und die damit einhergehende Luftverschmutzung, oder der zwangsläufige Wunsch nach Umstieg auf den ÖPNV, weil Auto und Sprit nicht mehr zu finanzieren sind: All dies erfordert einen leistungs- und zukunftsfähigen Öffentlichen Nahverkehr - um bezahlbare Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen und Altersklassen zu erhalten, um die Anstrengungen zur Luftreinhaltung zu fördern und um die Stadt attraktiv und mit ihren Angeboten für die BürgerInnen erreichbar zu halten, auch ohne eigenes Auto.

Viele andere Städte in Deutschland zeigen uns, dass es durchaus möglich ist, bei angespannter Haushaltslage ein attraktives ÖPNV-Angebot vorzuhalten. Wo Busse und Bahnen regelmäßig und oft fahren, steigen auch die Fahrgastzahlen, und die Einnahmesituation der Verkehrsbetriebe verbessert sich erheblich.

Trotzdem wird ÖPNV immer ein Zuschussgeschäft bleiben, das städtisches Geld erfordert. Denn er ist eben kein privater Luxus, sondern Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deswegen müssen wir ihn auch so ausstatten.

Zeit für saubere Luft

Hagen hat vor allem im Innenstadtbereich eine Reihe sogenannter „hot spots“ aufzuweisen, an denen die Luftbelastung durch Feinstaub, Stickoxide und andere Schadstoffe die zulässigen Belastungsgrenzen weit überschreitet. In der letzten Wahlperiode hat die GRÜNE Fraktion mit mehreren Anträgen versucht, eine Entlastung dieser hot spots und des gesamten Innenstadtbereichs zu erreichen. Die Altparteien und der CDU-„Umweltdezernent“ haben dies stets mit ihren Mehrheiten verhindert und ihre Kräfte auf unsinnige Projektideen (z.B. Moosmatten zur Feinstaubreduzierung) verschwendet.

Zeit für Lärmschutz

Lärm ist nicht nur lästig, sondern eine Gefahr für die Gesundheit. Fast jeder Mensch ist vom Lärm betroffen. Die einen mehr, weil sie aufgrund der sozialen Situation in stark lärmbelasteten Gebieten wohnen, die anderen weniger, da sie sich eine ruhige Wohnlage leisten und den Lärm auch mal „hinter sich lassen können“. Wenn die Ratsmitglieder mehrheitlich an der B7 wohnten, wäre der Stellenwert des Lärmschutzes sicher ein anderer.

Lärminderung wurde bisher gar nicht oder nur halbherzig betrieben, da lärmindernde Maßnahmen in der Regel schwierig und meist teuer sind.

Die Umgebungslärmrichtlinie der EU verpflichtet jetzt die Mitgliedsstaaten, die Lärmbelastung in besonders betroffenen Bereichen zu analysieren und Aktionspläne für eine Lärminderung aufzustellen. Zuständig sind die Kommunen. Die EU setzt einen verbindlichen Zeitplan, in dem die Kommunen aktiv werden müssen. Jetzt besteht die Chance, ein umfassendes Konzept zur Lärminderung zu erarbeiten. Die BürgerInnen müssen an diesem Konzept beteiligt werden.

Die Hagener GRÜNEN wollen:

- wirksame Maßnahmen für eine saubere Atemluft in der Innenstadt und den Stadtteilzentren.
- Einrichtung einer großflächigen Umweltzone.
- Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs.
- Warenlieferung für die Innenstadt vorwiegend über emissionsarme Fahrzeuge (City-Logistik).
- Bekanntgabe hoher Schadstoffkonzentrationen in Rundfunk und Zeitungen (z.B. Feinstaub, Ozon, Stickoxide...).

Die Hagener GRÜNEN wollen sich um den **Lärmschutz** in den nächsten Jahren intensiv kümmern und die Chancen der neuen gesetzlichen Vorgaben nutzen, um vom Lärm betroffenen BürgerInnen mehr Lebensqualität zu verschaffen. Eine Maßnahme, die jetzt schon umgesetzt werden kann, ist die verstärkte Ausweisung von Tempo 30-Zonen. Die Gesundheitskonferenz arbeitet an einem Lärmkataster. Wenn das vorliegt, müssen die lautesten Quartiere schnellstmöglich entlastet werden.

Die Hager GRÜNEN fordern:

- Kein Flächenfraß für neue Bauflächen.
- Ein Rückbaukonzept für nicht genutzte Wohngebäude und Gewerbebrachen.
- Wiedergewinnung von begrünten Flächen für Erholung, Stadtklima und Freizeitgestaltung.
- Wiedereinführung der Baumschutzsatzung.



Die Hager GRÜNEN erklären:

- Wo Flussabschnitte in der Vergangenheit durch Baumaßnahmen verlegt und künstlich eingeeignet worden sind, werden wir uns nach Kräften dafür stark machen, dass die Gewässer wieder in ihrem natürlichen Bett fließen. Davon soll nicht nur die Natur profitieren, sondern vor allem auch alle BürgerInnen, die dann das Gewässer wieder erleben können!
- In der Innenstadtentwicklung wollen wir eine konsequente Öffnung der Volme und die durchgängige Möglichkeit schaffen, zu Fuß oder mit dem Rad am Fluss vom Arbeitsamt bis ins Eilper Zentrum zu gelangen.

Zeit für mehr Grün in der Stadt

Die Motive der Menschen, die Hagen den Rücken kehren, lauten laut Umfrageergebnissen: Zu laut, zu grau, zu schlechte Luft.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ergab u. a. folgende Forderungen:

- Einbeziehung der Volme zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Stadtmitte.
- Verbesserung der Grün- und Sportflächen.
- Die Nutzung von Grünflächen für Basketball, Fußball außerhalb von Vereinen in allen Stadtteilen.
- Plätze für Jugendtreffs in Parks und auf Plätzen.

Hagen hat viel Wald an seinen Hängen und im Außenbereich. In der City und in den stärker besiedelten Stadtteilen ist das leider anders. Für richtig große Grünflächen fehlt – abgesehen vom Stadtgarten – der Platz. Straßenbäume sind Mangelware. Niedriges Straßenbegleitgrün – Sträucher, Büsche und Stauden - wird aus Kostengründen seit Jahren flächendeckend gerodet und durch Gras ersetzt. Dagegen protestieren wir Hager GRÜNEN seit langem – vergeblich.

Die Abschaffung der Baumschutzsatzung durch CDU, SPD und „Bürger für Hagen“ hat dazu geführt, dass auch in Privatgärten viele alte große Bäume ohne jeden Ersatz der Säge zum Opfer gefallen sind. Da für die private Fällung ehemals geschützter Bäume kein Ordnungsgeld mehr gezahlt werden muss, fehlen der Stadt die Mittel, im öffentlichen Raum ausreichend Bäume nachzupflanzen. Das wollen wir ändern und die Baumschutzsatzung wieder einführen.

Zeit für naturnahe Flusslandschaften

Die vier Flüsse im Hagener Stadtgebiet sind in der Vergangenheit stiefmütterlich behandelt worden: Begradigt, in künstliche Flussbetten gezwängt und hinter Industrieanlagen verborgen bieten sie an vielen Stellen ein trauriges Bild. Helfen kann hier nur die ökologische Renaturierung.

Zeit für weniger Flächenverbrauch

In Hagen schreitet trotz sinkender Bevölkerungszahl die Zersiedelung weiter voran. Grund dafür ist die „angebotsorientierte“ Flächenpolitik von CDU, SPD, FDP und „Bürgern für Hagen“.

Das bedeutet konkret:

Die Ausweisung weiterer Flächen für Wohnbebauung oder neue Gewerbeerschließungen wie in Haßley oder Garenfeld sehen die Hagener GRÜNEN kritisch. Weder für Wohnbebauung noch Gewerbeansiedlung ist ein Bedarf nachweisbar, der es rechtfertigen würde, einen Großteil der Vorratsflächen für kommende Generationen schon heute zu erschließen.

Zeit für zukunftsfähige Landwirtschaft

Die Hagener Landwirtschaft kommt in den politischen Überlegungen der anderen Hagener Parteien praktisch nicht vor. Landwirtschaftliche Flächen werden von den schwarzrotgelben Bauwütigen meist nur als Reserven für spätere Bebauung mit Wohn- oder Gewerbegebieten betrachtet.

Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Die bauliche Entwicklung muss vorrangig im Innenbereich erfolgen (Wiedernutzung, bessere Ausnutzung, Umnutzung). Wir streben eine Verschiebung von 1/4 Außen- und 3/4 Innenentwicklung an. Die geeigneten Instrumente dafür sind z. B. Bodenmanagement, engere Verzahnung einzelner Nutzungen, bauliche Verdichtung durch Revitalisierungsprogramme, Qualitätsziele für die Stadtteile.
- Auch der neue Flächennutzungsplan muss diesen Vorrang der Innenentwicklung als Planungsziel widerspiegeln.
- Wertvolle ökologische Flächen müssen konsequent geschützt werden.
- Die Grundstruktur der Landschaft sollte durch die gezielte Vernetzung der Biotope in Hagen als „Landschaftsgerüst“ erhalten werden.
- Auch zukünftige Generationen müssen noch entwicklungsfähige Flächen vorfinden. Nicht alles muss heute schon erschlossen werden, wenn der Bedarf dafür nicht gegeben ist.
- Oberstes Gebot für brachgefallene Flächen ist ein systematisches Flächenrecycling mit hochwertiger Reaktivierung anstelle einer wildgewachsenen Nachfolgenutzung durch Baumärkte und Schrottplätze.

Die Hagener GRÜNEN meinen:

- Auch die landwirtschaftlichen Nutzflächen müssen erhalten werden. Dabei streben die Hagener GRÜNEN insbesondere die Ausweitung und Förderung der ökologischen Land- und Forstwirtschaft an. Wo Landwirtschaft allein nicht rentabel ist, sollten die Landwirte verstärkt für die Landschaftspflege zuständig sein.
- In Zeiten sinkender Bevölkerung müssen landwirtschaftliche Flächen nicht für Bauungen erhalten. Die Nahrungsmittelproduktion vor Ort darf nicht aufgegeben werden. Regionale Produkte, Erhalt der Landschaft für die Erholung und landschaftspflegerische Maßnahmen durch die Landwirte sind ein Gewinn für Hagen.

Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Keine weiteren Verkaufsverhandlungen über die Hagener Forstflächen.
- Fortsetzung und Ausbau der nachhaltigen Bewirtschaftung.
- Ein Flächenaustauschkonzept mit den anderen großen Waldbesitzern im Hagener Stadtgebiet, um die teilweise vereinzelt liegenden städtischen Waldflächen zu größeren und leichter zu bewirtschaftenden Einheiten zusammenzufassen.

Landwirtschaft in Zeiten des Klimawandels, von knapper werdenden Nahrungsmitteln, teurer Energie muss regional, kleinräumig, ökologisch sein. Die weitere Vernichtung landwirtschaftlicher Flächen ist unverantwortlich. Und: Auch landwirtschaftliche Betriebe sind Wirtschaftsunternehmen, die wir in Hagen halten und fördern wollen.

Die Ratsmehrheit hat die Umwandlung vieler landwirtschaftlicher Flächen beschlossen: Sudfeld, Herbeck/Hammacher, Lennetal, Sauerlandstraße, Haßleyer Insel usw. Im Böhfeld soll einer der letzten landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe im Hagener Norden einem Gewerbegebiet zum Opfer fallen. Eine solche Politik können die Hagener GRÜNEN nicht mittragen!

Zeit für gesunden Wald

Der Hagener Stadtwald dient der Holzgewinnung ebenso wie der Erholung und Freizeitgestaltung der Hagener Bevölkerung. Durch seine Fähigkeit, CO² zu binden, verbessert er die Klima - Bilanz der Stadt und sorgt für Frischluftzufuhr für die Tal-Lagen. Große Teile unserer Wälder sind Naturschutzgebiet und sichern die Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren. Der Wald sichert auch unseren Wasserhaushalt. Wir brauchen Mischwälder mit heimischen Baumarten, um die Gefahren durch Schädlinge, Brände und Stürme zu minimieren.

In diesem Sinne müssen unsere Wälder gepflegt und umgebaut werden. Das bringt keinen direkten Profit. Aber unsere Wälder sind Teil der Daseinsvorsorge und gehören damit in öffentliche Hand.

Zeit für Naturschutz

Ein GRÜNES Kernthema ist und bleibt der Naturschutz. Wir wissen: Ohne eine intakte Natur können wir nicht überleben. Und wir meinen: Der Mensch ist verpflichtet, Tiere und Pflanzen auch um ihrer selbst Willen zu schützen.

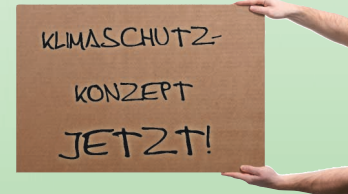
Deshalb haben die Hagerer GRÜNEN in den letzten Jahren z.B. gegen eine Erweiterung des Dolomitsteinbruchs in Haßley gekämpft. Wir haben uns zusammen mit den Bürgern gegen seine Erweiterung und für den Erhalt des wertvollen Kalkbuchenwaldes eingesetzt. Bisher mit Erfolg. Wir werden auch weiterhin Anträge auf eine Erweiterung in die Fläche ablehnen. Eine geplante Erweiterung in die Tiefe werden wir kritisch begleiten. Das dafür notwendige Abpumpen von großen Grundwassermengen bringt erhebliche Gefahren mit sich.

Zeit für Klimaschutz

Der Klimareport der Vereinten Nationen von 2007 hat den von Menschen gemachten Klimawandel als wissenschaftlich unbestreitbar dargelegt. Die Reduzierung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen liegt im Verantwortungsbereich eines jeden Einzelnen, auch der Städte und Gemeinden.

In der vergangenen Wahlperiode hat die GRÜNE Fraktion daher im Rat einen umfangreichen Antrag zur Erarbeitung eines Klimaschutzkonzepts vorgelegt mit dem Ziel, eine mindestens 30%ige Reduktion der von Hagen zu verantwortenden Klimagase zu erreichen. Das Konzept sollte von der Verwaltung nach und nach erarbeitet und umgesetzt werden. Passiert ist bisher fast nichts.

- In den nächsten Jahren möchten sich die Hagerer GRÜNEN besonders um den Erhalt der Landschaft für den Menschen kümmern. Außer in den strengen Schutzgebieten muss die Landschaft den Menschen für Erholung und Freizeit offen stehen. Für dieses Miteinander setzen wir uns ein.



Die Hagerer GRÜNEN werden daher in der nächsten Ratsperiode dafür eintreten, dass das beschlossene Klimaschutzkonzept möglichst bald und vollständig umgesetzt wird.

Möglichkeiten zur CO₂-Minderung gibt es in verschiedenen Bereichen:

- Energiesparen (z.B. Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs, Dämmen und Heizungserneuerung im Altbaubestand).
- Nutzung erneuerbarer Energien (z.B. Heizen mit Holz, Solaranlagen auf kommunalen Dachflächen).
- bessere Ausnutzung von Öl, Gas und anderer Brennstoffe (z.B. Nutzung von Wärme und Strom bei der Müllverbrennung).



Zeit für Wasser, Wind und Sonne: Energiewende auch in Hagen

Wenn für uns Endverbraucher Energie erzeugt wird, ist das eng verbunden mit Luftverschmutzung und Klimaveränderungen. Energieproduktion und -konsum wird zu einer Zukunfts- und Gewissensfrage.

Für uns Hagerer GRÜNE bedeutet das: Weg von veralteten Großtechnologien – wie Kohle- und Atomkraftwerken – hin zu einer klimafreundlichen und technologisch innovativen Energiepolitik, die auf drei Säulen basiert:

1. *Energiesparen*

Jede nicht verbrauchte Kilowattstunde ist ein Gewinn für die Umwelt und den Geldbeutel, weil zum einen Ressourcen geschont und zum anderen Umwelt- und Kostenbelastungen vermieden werden.

2. *Nutzung erneuerbarer Energien*

Ein möglichst großer Teil der dann noch notwendigen Energie sollte aus regenerativen Quellen – wie Sonne, Wind, Biomasse und Wasser – stammen.

3. *Bessere Nutzung vorhandener Energieträger durch Kraft-Wärme-Kopplung etc.*

Soweit noch fossile Brennstoffe genutzt werden müssen, ist es eine große Verschwendung, wenn in Großkraftwerken nur 40% vom Energiegehalt der verwendeten Rohstoffe genutzt werden können.

Auch die Stadt Hagen hat sich vor Jahren in wohlklingenden Beschlüssen zur Verminderung von Treibhausgasen verpflichtet. Bis 2010 sollten die Klimakiller um die Hälfte reduziert werden. Geschehen ist nicht viel. Alle Erfolge, die in den vergangenen 10 Jahren erreicht wurden, sind durch die anwachsenden Emissionen des Verkehrs aufgezehrt worden. Wir GRÜNEN haben im Jahr 2007 ein ausführliches



**ZEIT FÜR ARBEIT
MIT ZUKUNFT.**

ZEIT FÜR GRÜN.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

ZEIT-FUER-GRUEN.DE

Klimaschutzpaket im Rat beantragt, das auch einstimmig verabschiedet wurde. Die schwarz-rote Regierungsmehrheit hat diesen Beschluss jedoch praktisch nicht umgesetzt.

Höchste Zeit also, dass auch in Hagen die fossilen Brennstoffe Kohle, Öl und Gas vermehrt durch regenerative Energien wie Sonne, Wind, Erdwärme und Wasser ersetzt werden. Auch Maßnahmen zur Energieeinsparung und Wärmedämmung sind das Gebot der Stunde.

Aber in Hagen wird das Rad zurückgedreht: Die Stadt hat bei den Großbauprojekten der vergangenen Jahre konsequent auf alternative Energien verzichtet, und nicht einmal effektive Blockheizkraftwerke, die sich rasch rechnen, waren durchsetzbar. Schlimmer: Noch Ende 2003 haben CDU

und FDP im Rat aus fadenscheinigen Gründen verhindert, dass private Investoren auf öffentlichen Gebäuden Solaranlagen betreiben dürfen. Und auch in der abgelaufenen Ratsperiode wurden Investitionen in diesem Bereich permanent blockiert. Wir GRÜNEN haben regelmäßig seit Jahren im Umweltausschuss ein Konzept gefordert, um geeignete Dächer auf städtischen Gebäuden für Solaranlagen zu Verfügung zu stellen. Der CDU-„Umweltdezernent“ hat dieses Thema konsequent ausgesessen und keinerlei Initiative gezeigt, hier etwas umzusetzen.

Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Einsatz und Förderung von umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, insbesondere bei Neubaugebieten bzw. Altbausanierungen.
- Verbesserte Vergütung für die Einspeisung von Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung.
- Förderung thermischer Solaranlagen.
- Bereitstellung städtischer Dachflächen für Solaranlagen, sei es für private Betreiberinitiativen oder auch, um durch Energieerzeugung und gleichzeitige Einsparung Geld für den städtischen Haushalt zu erwirtschaften.
- Versorgung kommunaler Liegenschaften mit Ökostrom bei gleichzeitiger Umsetzung von Energiesparmaßnahmen.
- Zentrales Energiedienstleistungskonzept für die städtischen Liegenschaften.
- Umstellung auf verbrauchs- und leistungssparende und soziale Tarife.
- Beratung von Mietern und Hauseigentümern in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Handwerk.
- Aufklärung über Förderprogramme und Unterstützung durch technologische Expertisen.
- Konsequente Sicherstellung von Niedrigenergiestandards bei der Aufstellung sämtlicher Bebauungspläne.
- Fortsetzung der Förderprogramme der Altbausanierung gemeinsam mit der Mark-E.

Zeit für gesundes Trinkwasser

Die Hasper Talsperre hat beste Trinkwasserqualität. Die Mauer ist saniert für die nächsten 100 Jahre. Warum fließt dieses im wahrsten Sinne des Wortes kostbare Wasser nicht in den Hagener Leitungen?

Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Die von der SEWAG für 2012 angekündigte Wiedernutzung der Hasper Talsperre zur Trinkwassererzeugung muss eingehalten werden.
- Das Wasserwerk Hengstey muss nach zeitgemäßen Standards modernisiert werden, um das Risiko einer möglichen Schadstoffbelastung im Rohwasser zu minimieren. Hagen soll von Belastungen wie z.B. dem PFT-Eintrag ins Ruhrwasser verschont bleiben.



Zeit für moderne Energiedienstleistung: SEWAG / Mark E bleibt in regionaler Hand

Mark E hat als regionaler Versorger eine wichtige Funktion in der Stadt:

- Sie ist Arbeitgeber und Steuerzahler.
- Sie verkauft Gas, Strom und Wasser.
- Sie zahlt eine Konzessionsabgabe an die Stadt Hagen.
- Sie leistet mit Auftragsvergaben an die heimische Wirtschaft einen erheblichen Beitrag zur lokalen Wertschöpfung.

Die Hagener GRÜNEN wollen, dass die Mark E als selbständiges regionales Versorgungsunternehmen weiterbesteht. Wir lehnen alle Versuche ab, die örtlichen Strukturen an einen der großen Energiekonzerne weiterzuverkaufen.

Um als regionales Unternehmen am Markt bestehen zu können, muss Mark E in Zukunft Dienstleistungen der verschiedensten Art anbieten. Sowohl Betriebe als auch Privatkunden wollen heute nicht nur die pure Lieferung von Strom, Gas und Wasser. Sie konsumieren Prozesswärme, Raumwärme, Kühlung, Licht und viele andere Dienstleistungen. Hier liegen Marktchancen auch für einen überwiegend in kommunaler Hand liegenden Versorger. Dafür ist bei der Mark E zweifelsohne ein Bewusstseinswandel notwendig. Neue Dienstleistungsangebote müssen entwickelt werden.

Im Rahmen des ersten Sparpakets wurde die Mark E aufgefordert, ihren Gewinn zu erhöhen, um regelmäßig 6,5 Millionen Euro mehr an den städtischen Haushalt abzuführen. Dies führt zu Preiserhöhungen für die Privatkunden, erschwert die Wettbewerbssituationen für das Unternehmen und verhindert Investitionen in innovative Technologien.

Die Hagener GRÜNEN fordern, dass die Stadt mit ihrem kommunalen Einfluss auf die Mark E die Energiewende in Hagen endlich vorantreibt. Neue ökologische Dienstleistungsangebote müssen konkurrenzfähig und wirtschaftlich entwickelt werden.

Zeit für hochwertiges Bauen und Pflege der Bestandsbauten

Angesichts der Finanzkrise in den Kommunen müssen die PlanerInnen und Ausführenden ihre bisherige Einstellung zu Bau und Unterhaltung öffentlicher Gebäude überdenken. Wir dürfen es uns nicht mehr leisten, mit öffentlichen Mitteln gebaute oder erworbene Bauten so herunter zu wirtschaften, dass ihr Zustand oft schon nach kurzer Zeit zum Argument für ihren Abriss wird – wie beim 1965er Rathaus und dem Sparkassenturm.

Zur Identifikation mit Hagen gehört für die Bewohnerinnen und Bewohner die Unverwechselbarkeit ihrer Stadt. Und die sollte sich nicht nur in ihrer schönen Umgebung dokumentieren, sondern auch in ihrem Stadtbild, in Gebäuden, Plätzen und Parkanlagen. Im Bild der Stadt zeigt sich der Wert, der Baukultur beigemessen wird. Dieses Stadtbild verschafft den Menschen die notwendige Verwurzelung, um sich in Hagen zuhause zu fühlen – oder auch nicht. Die Baukultur hat einen massiven Einfluss auf die Attraktivität unserer Stadt und damit auf Einwohnerfluktuation und Besucher.



Die Hagener GRÜNEN meinen deshalb:

- Öffentliche Gebäude sollen Beispiel für gutes Bauen geben. Das soll sich nicht nur in der Architektur, sondern auch in der Materialwahl dokumentieren: Städtische Bauten müssen nicht nur hochwertig ausgeführt werden, um dauerhaft nutzbar zu bleiben. Sie müssen auch energieoptimiert erstellt werden – mit zeitgemäßen Dämmstoffen, Heizungsanlagen mit hohem Wirkungsgrad, und am besten unter Verwendung regenerativer Energietechnik. Diese Investitionen rechnen sich schon nach kurzer Zeit durch niedrigere Betriebskosten.
- Und: Wie in der freien Wirtschaft müssen gerade in Zeiten knapper Kassen finanzielle Rücklagen für jedes einzelne Gebäude geschaffen und in einer Wirtschaftlichkeitsberechnung nachgewiesen werden, durch die der laufende Unterhalt gesichert wird.

Die Hagener GRÜNEN vertreten als städtebauliche Leitlinien:

- Bewusstsein schaffen für Bau- und Stadtgeschichte.
- sorgfältiger Umgang mit dem Vorhandenen.
- wachsende Aufmerksamkeit für immer häufigere Leerstände, selbst bei Einfamilienhäusern, bedingt durch die ständig sinkende Einwohnerzahl.

Die Hagener GRÜNEN setzen sich ein:

- Für Stadtteil- und Quartiersentwicklung gemeinsam mit BürgerInnen, Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen, Betrieben, Schulen und Sozialarbeit.
- Für den Abschluss eines kommunalen Kooperationsvertrags zwischen dem Amt für Wohnungswesen und den ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als Ausgleich für die schwindende Zahl der Sozialwohnungen und als Beitrag zur Vernetzung und Stabilisierung der Wohnquartiere.
- Für die konsequente Verhinderung von Obdachlosigkeit. Die Zahl der in städtischen Unterkünften untergebrachten wohnungslosen BürgerInnen hat sich erfreulich gesenkt. Der steigenden Zahl der MietschuldnerInnen und Räumungsbeklagten muss mit einer effektiven Präventionsarbeit der Fachstelle für Wohnungsnotfälle begegnet werden. Allein stehende wohnungslose Menschen mit Problemhäufungen brauchen gezielte Hilfen von Sozialverwaltung und Wohlfahrtsverbänden.
- Die Obdachlosenunterkunft Tuchmacherstraße muss erhalten und in der künftigen Planung berücksichtigt werden. Das Haus verfolgt ein Konzept zur Wiedereingliederung obdachloser Menschen im Umfeld der Beratungsangebote von AWO und Kirche.

Zeit für kommunale Wohnungspolitik: Preiswertes Wohnen im Bestand

Hagens Einwohnerzahl sinkt. Das hat in den letzten Jahren zu massiven Leerständen geführt. Gleichzeitig stellt der Masterplan Wohnen fest, dass viele Wohnungen in einem schlechten Zustand sind. Die Anforderungen ans Wohnen ändern sich. Zum Beispiel wächst die Zahl der älteren Menschen, die angemessenen Wohnraum brauchen. Es ist dringend nötig, die gewandelten Wohnbedürfnisse zu analysieren und in Wohnungsbestand und Wohnviertel zu investieren. Wohnen in der Stadt muss attraktiv bleiben, ohne am Bedarf vorbei zu planen. Dabei muss neben den Bedürfnissen älterer Menschen auch der Bedarf nach preiswertem Wohnraum berücksichtigt werden. In Hagen bezieht ein Viertel der Bevölkerung Wohngeld nach Hartz IV. Nach wie vor fallen viele Wohnungen aus der Sozialbindung und werden nach Marktbedingungen vermietet. Im Jahr 2001 gab es noch 14.300 Sozialwohnungen in Hagen, 2010 werden es noch knapp 6.000 sein.

Auch der Wunsch nach Wohneigentum muss in die Planung einbezogen werden. Dabei halten wir es jedoch für abwegig, die Stadtflucht durch ständig neue Ausweisung von Baugebieten im Grünen entgegen wirken zu wollen.

Die Hagener GRÜNEN lehnen Zersiedlung und Flächenfraß ab. Das Interesse an Wohneigentum ist primär im bereits besiedelten Stadtbereich zu befriedigen: durch Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser, die aufgrund des Generationenwechsels frei werden. Attraktive Wohnquartiere mit guter Infrastruktur werden so erhalten.



3. Soziales: Zeit für Teilhabe



Zeit für sozialen Ausgleich

Unsere Gesellschaft ist immer stärker in Arm und Reich gespalten. Die Arbeitslosigkeit bleibt hoch; immer mehr Menschen bleiben trotz Arbeit arm und sind auf Unterstützung angewiesen. In den Städten wird diese Spaltung besonders deutlich – auch Hagen ist eine sozial gesplante Stadt. Aufgabe von Politik ist es, auch und gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung für sozialen Ausgleich zu sorgen. Unsere Stadt weist einen hohen Anteil an Menschen auf,

- die in Armut leben (ca. 25 %).
- die eine Zuwanderungsgeschichte haben (ca. 30 %).
- die über 60 Jahre alt sind (ca. 25 %).
- die mit Behinderungen leben (ca. 16%)

Damit Hagen für **alle** BewohnerInnen eine lebenswerte Stadt bleibt, steht die Politik vor der Aufgabe, mehr Menschen die Teilhabe an Bildung, Freizeit, Wohnen und Kultur zu sichern, Ausgrenzung aus sozialen und nationalen Gründen zu verhindern und den demografischen Wandel zu gestalten.

Hagen hat eine hohe Zahl von **Langzeitarbeitslosen**. Die Hager GRÜNEN haben immer wieder mehr und besser qualifiziertes Personal bei der ARGE gefordert. Außerdem haben wir die Forderung aufgegriffen, dass – entsprechend der Gesetzeslage – die Heizkosten nicht pauschal, sondern nach den tatsächlich anfallenden Kosten bezahlt werden, und zwar von Anfang an.

Die Hager GRÜNEN fordern:

- Keine Kürzung bei den Sozialausgaben, vielmehr deren bedarfsgerechten Ausbau.
- Entwicklung der Stadtteile / wohnortnahe Angebote.
- Bürgerschaftliches Engagement als Ergänzung für professionelle Hilfe (kein Ersatz!).
- Einhaltung des Konnexitätsprinzips bei Land und Bund (das bedeutet: Land und Bund müssen Maßnahmen finanzieren, die sie per Gesetz anordnen).
- Die Hager GRÜNEN fordern die finanzielle Absicherung sozialer Einrichtungen. Menschen brauchen Unterstützung und Beratung in vielen Lebenssituationen. Eine gute Ausstattung solcher Anlaufstellen (Schwangerschaftsberatung, Verbraucherzentrale, Schuldnerberatung, Erziehungshilfe, AIDS-Hilfe, Frauen helfen Frauen, Freiwilligenzentrale, Arbeitslosenberatung, Beratung für Wohnungslose usw.) hilft Menschen, Problemlagen zu bewältigen und ihr Leben zu meistern. Beratungsstellen sind eine Investition in die Zukunft.

Arbeitslosigkeit

Fehlentscheidungen aller politischen Ebenen verstärken sich gegenseitig und bedrohen Menschen in ihrer Existenz. *Wir fordern ...*

vom Bund:

- existenzsichernde Regelsätze von Hartz IV und eine Anpassung der Kindersätze.
- die Erhöhung des Bundesanteils zur Erstattung der Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-BezieherInnen;
- mehr Mittel für bessere personelle Ausstattung der ARGE, damit wirklich jede/r Langzeitarbeitslose einen kompetenten festen Sachbearbeiter erhält.
- Politische Scharmützel um die Organisationsstruktur und Zuständigkeiten dürfen nicht länger auf Kosten der Arbeitssuchenden ausgetragen werden.

vom Land:

- Wiederaufnahme der Finanzierung der unabhängigen Arbeitslosenberatungszentren.

von der Kommune:

- Eintreten im VRR für ein Sozialticket.
- Eintreten im Aufsichtsrat der SEWAG für soziale Tarife bei Energiekosten.
- kostenloses Mittagessen für Kinder im Ganzttag.
- eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigem Wohnraum. Eine Wohnung für 198 € Kaltmiete zu finden, ist schwierig.

Für die Zukunft fordern wir, dass

- sich die Hagener Vertreter im VRR für ein Sozialticket einsetzen. (Finanzierung entweder durch Zuschüsse an den VRR aus Steuermitteln, oder Erhöhung des Mobilitätsanteils im ALG II auf die Kosten eines Ticket 1000 ab 9 Uhr).
- sich der Rat beharrlich beim Land einsetzt für die Wiederaufnahme der Finanzierung der Arbeitslosenberatung.

Zeit für ein altersgerechtes Hagen

Demografie ist in aller Munde. Für die GRÜNEN ist es nicht neu, uns mit bedarfsgerechten Wohnformen und Angeboten und einer Stadtentwicklung im Interesse aller Generationen zu befassen.

Die Hagener GRÜNEN meinen daher:

- Auch im Alter gilt für uns seit Langem der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Darum unterstützen wir alle Projekte und Vorhaben, alternative Wohnformen zu entwickeln, zum Beispiel das stark quartiersbezogene „Bielefelder Modell“.
- Hagen hat gute Strukturen der Wohn- und Pflegeberatung. Diese Strukturen müssen mindestens erhalten, bei steigendem Bedarf aufgestockt werden.
- Keine Kürzungen bei den Seniorenbegegnungsstätten. Ausbau zu Begegnungs- und Beratungsstellen.
- Keine Privatisierung sozialer Dienstleistungen.
- RentnerInnen, die auf die Grundsicherung angewiesen sind, müssen in der vertrauten Umgebung bleiben dürfen. Ein behördlich erzwungener Wohnungswechsel wegen Überschreitung der festgelegten Mietkosten-Obergrenzen ist unmenschlich.

Zeit für Barrierefreiheit: Behindert ist man nicht, behindert wird man.

Menschen mit Behinderungen brauchen eine barrierefreie Infrastruktur in der Stadt. Sie darf nicht an Kosten scheitern. Jede Form der Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen, ob baulicher, sozialer oder organisatorischer Art, muss vermieden werden. Positive Beispiele, wie z.B. die Arbeit der Max-Reger-Musikschule mit Menschen mit Behinderungen müssen Schule machen.

Daher fordern die Hagener GRÜNEN:

- Bei allen städtischen Entscheidungen müssen die Interessen der Behinderten mitgedacht werden.
- Die Verankerung der Aufgabe eines/r Behindertenbeauftragten in der Gemeindevorstellung.
- Auch bereits bestehende öffentliche Gebäude müssen Zug um Zug barrierefrei umgebaut werden.
- Der Behindertenbeirat ist bei Bauvorhaben rechtzeitig einzubeziehen.
- Zumindest bis genügend eigene Erfahrungen vorliegen, müssen Gutachter für barrierefreies Bauen beteiligt werden.
- Wie in Münster und Aachen sind Checklisten für barrierefreies Bauen zu erarbeiten.
- In Schulen müssen verstärkt bauliche und organisatorische Möglichkeiten geschaffen werden, damit Kinder mit Behinderungen Regelschulen besuchen können. Das ist der beste Weg für eine gesellschaftliche Integration!



Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Eltern, Kitas und Schulen müssen in der Suchtprävention unterstützt werden.
- Die Drogenberatungsstelle und die anderen Einrichtungen der Suchthilfe müssen erhalten werden. Neben den vielen gesundheitlichen Problemen und Folgen der Suchterkrankung ist der soziale Absturz durch Beschaffungskriminalität und Prostitution ein großes Problem der Betroffenen. Die Abhängigen brauchen geeignete Hilfe, Beratung und Unterstützung. Weitere Kürzungen sind in diesem Bereich inakzeptabel und fahrlässig.



Zeit für präventive Drogenpolitik: Gute Drogen – böse Drogen?

Der Umgang mit Drogen fängt nicht bei den harten, verbotenen und gesellschaftlich geächteten Stoffen an. Alkohol und Tabak sind nach wie vor beliebte und aus dem gesellschaftlichen Leben kaum wegzudenkende Drogen, die – nicht nur für Jugendliche – eine große gesundheitliche Gefährdung darstellen können. Komasaufen und Alkoholvergiftungen unter Jugendlichen geraten zur Masche, können aber auch der Beginn des Absturzes werden.

Verbote und Kriminalisierung von Drogen helfen wenig. Wir Hagener GRÜNE fordern eine präventive Drogenpolitik: positive Vorbilder und ein gesundes, kinder- und jugendfreundliches gesellschaftliches Klima, das junge Menschen stark macht, unabhängig von Drogen oder kalorienreichen Verlockungen die Probleme des Lebens anzugehen. Das beginnt mit kindgerechten Projekten im Vorschulbereich und geht bis zur präventiven Arbeit der Beratungsstellen.

4. Kinder, Jugend, Bildung: Zeit für die Zukunft

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume.

Das meint städtebauliche Freiräume, wo Platz ist für Bewegungsdrang und Freizeitaktivitäten. Das meint aber auch Einrichtungen, wo Kinder und Jugendliche unter sich sind, wo ihre Regeln gelten.

Gute Jugendarbeit holt Jugendliche dort ab, wo sie stehen. Kooperative und stadtteilbezogene Formen der Jugendarbeit sind besonders erfolgreich bei Gewaltprävention und Integration und müssen deshalb ausgebaut werden. Die offene Jugendarbeit, die Jugendzentren und Treffs in Hagen müssen erhalten bleiben. Kinder und Jugendliche werden durch die vielfältigen Angebote der Jugendhilfe an Teilnahme und Mitverantwortung im gesellschaftlichen Leben herangeführt. Die erfolgreiche Arbeit der Hagener Jugendräte und des gesamtstädtischen Jugendrats sind ein lebendiges und kreatives Beispiel dafür. Dies muss weiter gefördert und gewollt sein. Jugendarbeit und auch die wertvolle Jugendverbandsarbeit eröffnen Räume, in denen Jugendliche Partizipationserfahrungen machen können.

Die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Hagen sind vielfach geprägt durch strukturelle Benachteiligung. Armut trifft Kinder und ihre Familien besonders hart. Armut ist nicht mehr nur eine einkommensabhängige Armut, sondern eine Armut, die die Lebensbereiche Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe betrifft. Von Selbstverschuldung und individuellen Armutsbiografien kann kaum mehr die Rede sein; ohnehin verbietet sich eine solche Diskussion, wenn es um Notlagen von Kindern geht. Dennoch: die Zahlen weisen deutlich auf ein gesamtgesellschaftliches Problem hin.

Die Hagener GRÜNEN fordern:

- angemessene Strukturen und ausreichende finanzielle und personelle Mittel, um die bestehende Unterfinanzierung bei ständigem Aufgabenzuwachs und steigenden Fallzahlen im Kinder – und Jugendbereich zu überwinden.
- die Einrichtung einer Kinderschutzambulanz in Hagen, um dem gesellschaftlichen Schutzauftrag für Kinder konsequent gerecht zu werden.
- den Erhalt der Beratungsstellen, damit die wichtige präventive Arbeit für Familien ausgebaut werden kann.
- die Weiterentwicklung eines Systems der frühen Hilfen.
- eine deutliche Aufwertung der Demokratieförderung und Jugendkulturarbeit.
- Straßensozialarbeit und andere Formen niedrigschwelliger und aufsuchender Sozialarbeit müssen ausgebaut werden.
- Das Angebot der Ferienmaus für die Kinder unserer Stadt muss erhalten bleiben.
- Die Schullandheime als Orte der Begegnung und der Freizeitgestaltung müssen weiter zur Verfügung gestellt werden. Allerdings sollten sie durch bessere Auslastung z.B. mit Freizeiten wirtschaftlicher geführt werden.

Die Hagener GRÜNEN setzen sich auf Landes- und Bundesebene für Verbesserungen der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen ein.

Wir fordern auf Bundesebene:

- die kind- und bedarfsgerechte Anpassung der Regelsätze für die Kinder im SGB II.
- die Wiedereinführung der einmaligen Pauschalen.
- Kostenübernahme für Mittag Mahlzeiten und Schulbücher.

Wir fordern auf Landesebene deutliche Nachbesserungen am Kinderbildungsgesetz (KiBiz), insbesondere für:

- Mehr und bessere Angebote für Kinder.
- Mehr statt weniger Personal in den Kitas.
- Planungs- und Finanzsicherheit der Kitas.
- Kleine Gruppen in den Kitas Ausbau der U-3-Kinderbetreuung.
- Flexibilisierung der Betreuungszeiten.
- Elternbeitragsfreiheit.

Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Die Stadt Hagen muss im ständigen Dialog mit den Trägern über die Qualität in den Kitas stehen.
- Die Stadt Hagen muss im Interesse der Kinder und des Personals in den Kitas die Träger der Einrichtungen stützen, wenn unter KiBiz die Betreuungsqualität in Gefahr gerät.

Zeit für eine ganzheitliche Pädagogik: Bildung, Erziehung und Betreuung sind eins

Im Zentrum der Diskussion um Bildung, Erziehung und Betreuung müssen die Interessen und Bedürfnisse der Kinder stehen. Tageseinrichtungen für Kinder sind Orte der Erziehung und Bildung. Sie bieten eine frühe und damit erfolgversprechende Möglichkeit, allen Kindern zu Chancengleichheit und einem guten Weg ins Leben zu verhelfen. Wir brauchen ausreichendes Fachpersonal und eine gute Ausstattung der Einrichtungen, um dem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Flexible Betreuungszeiten und ein ausreichendes Angebot zur Betreuung der unter 3jährigen sind wichtige Eckpunkte einer familienfreundlichen Politik. Familienzentren müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ein niedrigschwelliges, bedarfsgerechtes und vernetztes Angebot zur Unterstützung der Familien werden können.

Die Qualität in den Kindertageseinrichtungen hat unter dem neuen Kinderbildungsgesetz gelitten. Dies festzustellen und dagegen vorzugehen ist das Eine (siehe Kasten). Doch das ist nicht genug. Die Schwächen des KiBiz dürfen nicht auf dem Rücken der Kinder und der ErzieherInnen ausgetragen werden.

Zeit für Schulen als Häuser des Lernens

Wenn wir GRÜNEN betonen, dass alle Kinder und Jugendlichen die bestmögliche Lernumgebung und Förderung brauchen, tun wir dies nicht nur, weil es sich rechnet – wegen des Standortvorteils, der Ökonomie oder der demografischen Entwicklung. Wir finden, die Schülerinnen und Schüler haben ein Recht darauf.

Einige Einsichten sind seit der Pisa-Studie endlich zum Allgemeingut geworden: Die vorschulischen Angebote sind besonders wichtig für den weiteren Bildungs-

weg. Die Integration der Zugewanderten und ihrer Nachkommen hängt maßgeblich von besseren Bildungschancen ab. Es muss mehr geschehen, damit der Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung gelingt.

Oft stimmen aber an der Basis die Bedingungen nicht, um diese Forderungen umzusetzen. Die bildungspolitischen Maßnahmen der schwarz-gelben Landesregierung, von den Kopfnoten bis zum Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem, erwiesen sich als ideologiesteuert und praxisfern. Die Kommunen müssen vielfach Lösungen für Probleme finden, die sie nicht verursacht haben, ohne dafür finanziell ausgestattet zu sein. Schulpolitik ist zwar Sache des Landes. Wir fragen aber, was unsere Stadt tun kann und muss, um die Qualität der Schule zu fördern und ihre Rolle im sozialen Miteinander zu stärken. Der Bund, der ja nach Aussagen aller SpitzenpolitikerInnen Bildung fördern möchte, könnte etwa Stellen für ein unterstützendes Netzwerk einrichten.

Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Ausbau von Mensa-, Aufenthalts- und Arbeitsräumen in den weiterführenden Schulen gemäß den gesetzlichen Vorgaben. Die Ausweitung der Unterrichtsstunden in den Nachmittag hinein durch G8 (Abitur nach 8 Jahren) wird auf absehbare Zeit bestehen bleiben und erfordert daher entsprechende bauliche Maßnahmen.
- Die städtische Infrastruktur muss zur Einwohnerzahl passen. Da die Schülerzahl sinkt, ist der Raumbedarf neu zu bestimmen. Das Schließen einzelner Schulen kann daher unter bestimmten Bedingungen sinnvoll sein. Die Kriterien bei der Auswahl müssen frühzeitig offen gelegt werden; der bauliche Zustand der Gebäude ist nur eins davon. Der Ganztagsbedarf muss deutlich in die Raumberechnung eingehen, ebenso die Rolle der Schule für den Stadtteil etwa mit der Nutzung der Gebäude durch außerschulische Organisationen wie Vereine. Ein fairer





Umgang miteinander bedeutet frühzeitige Information und Einbeziehung der Betroffenen.

- Kleine Lerngruppen für kleine Kinder: Grundschulklassen mit mehr als 25 Kindern sind zwar gesetzlich erlaubt, aber pädagogisch ein Unding. Kleinere Klassen bieten auch die Chance auf bessere Förderung. Zusammenlegungen dürfen nicht zur Folge haben, dass die Klassenstärken der aufnehmenden Schulen sich bei 30 einpendeln. Auch im Offenen Ganzttag muss die Gruppenstärke so bemessen sein, dass qualifiziert gearbeitet und nicht nur verwahrt werden kann. Nach wie vor gilt unser Prinzip, dass die Schule möglichst wohnortnah sein soll.
- Den Ausbau und die Förderung der Vernetzung mit der Jugendhilfe. Viele Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung, die sich nicht nur auf den Lernstoff bezieht. Sozialpädagogische und schulpsychologische Unterstützung muss die schulische Arbeit begleiten. Durch das Zusammenwirken von verschiedenen Berufsfeldern könnte die Qualität deutlich verbessert werden. Nicht nur Problem-diagnosen, sondern praktische Hilfen sind gefragt; Prävention etwa bei der Betreuung von schulmüden Jugendlichen ist sinnvoll. Berufsorientierende Maßnahmen für Haupt- und Gesamtschulen könnten den vielfach schwierigen Einstieg erleichtern.
- Die Schulen sollen sich weiter öffnen. Z.B. bietet Jugendkulturarbeit Chancen, ungenutzte Talente zu fördern. Im Rahmen des Ganztagsangebotes wären viele weitere Projekte mit außerschulischen Trägern sinnvoll.
- Pädagogische Arbeit bedeutet zum großen Teil Kommunikation. Unbesetzte Schulbüros, stundenlange telefonische Unerreichbarkeit erschweren den nötigen Austausch zwischen Eltern und Schule. Der gewachsene Verwaltungsaufwand erfordert zudem qualifizierte Kräfte für die Sekretariatsaufgaben.
- Für den Lernerfolg brauchen Schulen Attraktivität. Man muss sich in ihnen wohl-

fühlen können. Es ist nachgewiesen, dass schlecht unterhaltene und schlecht gereinigte Schulen einen negativen Effekt auf die Lernergebnisse haben. Die Putzstandards in den Hagener Schulen dürfen nicht noch weiter nach unten geschraubt werden.

Viele weitere Maßnahmen im Bildungsbereich wären sinnvoll, müssen aber auf höherer Ebene beschlossen werden, z.B. das längere gemeinsame Lernen. Stattdessen haben Maßnahmen wie die Aufhebung der Schulbezirke neue Schwierigkeiten hervorgerufen. Die Hagener GRÜNEN setzen sich auch auf Landesebene für bessere Lernbedingungen für unsere Kinder ein. Es gibt daher gute Gründe, die GRÜNEN auch bei der Landtagswahl 2010 stark zu machen.

Zeit für Ausbildung

Die Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt ist ernst. Dies trifft Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte und junge Frauen besonders hart.

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit und Jugendsozialarbeit hat viele Facetten und ist nicht allein kommunalpolitisch zu lösen. Die Hagener GRÜNEN setzen sich auch auf Landes- und Bundesebene für bessere Lösungen ein:

- Es muss eine passgenaue Verzahnung zwischen Schule und Ausbildung geben, bei der auch die Jugendhilfe einbezogen wird. Dabei muss von den Schulen gefordert werden, dass sie die Schülerinnen und Schüler ausbildungsfähig machen. Notwendige Vorbereitung der Jugendlichen auf ihren Berufsweg muss rechtzeitig und umfassend in der Schule geleistet werden. Andererseits müssen auch die vielfach





Die Hager GRÜNEN fordern:

- Es müssen Jugendkonferenzen nach § 18 SGB VIII einberufen werden, um breite Bündnisse bilden zu können.
- Schulen, Ausbildungsbetriebe und die SIHK müssen noch stärker zusammenarbeiten.
- Die Stadt Hagen bildet auch weiterhin bedarfsgerecht aus.

gestiegenen beruflichen Anforderungen in der Ausbildung so aufbereitet werden, dass sie für die Auszubildenden leistbar sind.

- Wer keinen Ausbildungsplatz erhalten hat oder noch nicht ausbildungsfähig ist, muss an geeigneten berufsvorbereitenden Maßnahmen teilnehmen können, die qualifizieren und nicht nur Warteschleifen darstellen.
- Der Erhalt geeigneter und bewährter Bildungsträgerstrukturen muss gesichert sein.
- Die Jugendberufshilfe muss in enger Zusammenarbeit mit der ARGE Konzepte entwickeln, damit Jugendliche eine Chance erhalten. Dabei muss das Prinzip „fördern statt sanktionieren“ gelten.



5. Kultur und Sport: Zeit für ein lebendiges Hagen

Zeit für Weiterbildung und Kultur – volles Programm!

Erst ein breit gefächertes kulturelles Angebot macht eine Stadt interessant und lebenswert. Das kulturelle Erscheinungsbild unserer Stadt bestimmt nicht nur die Lebensqualität der hier lebenden Menschen, seine Attraktivität wirbt auch für Hagen. Ein ansprechendes Kultur- und Weiterbildungsangebot ist auch ein integraler Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und Lebenselixier für ein Gemeinwesen.

Wir haben in Hagen eine Fülle von bemerkenswerten Kulturschätzen:

Die Museumsinsel mit Karl-Ernst-Osthaus- und Schumacher-Museum, die Stätten des Hagener Impulses, hier besonders der Hohenhof, das Historische Centrum und das Museum für Ur- und Frühgeschichte am Wasserschloss Werdringen, Musikschule, Schloss Hohenlimburg, das Freilichtmuseum, Theater und Philharmonisches Orchester, die freien Kulturzentren und viele Kunstgalerien. Diese gilt es besser zu bewerben und zu vermarkten und im Stadtmarketingkonzept hervorzuheben.

Die Volkshochschule und die Stadtbücherei fungieren als wichtige Orte außerschulischen Lernens und der (Weiter-)Bildung.

Die freien Kulturzentren (AllerWeltHaus, Hasper Hammer, Pelmkeschule, Werkhof) sind nicht allein Ort vielfältiger kultureller Veranstaltungen, in ihnen wird darüber hinaus wertvolle Bildungs- und Kulturarbeit geleistet. Sie sind mit ihrem jeweils individuellen Profil ein fester Bestandteil der Hagener Kulturlandschaft und werden getragen durch Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement.

Dafür setzen die Hagener GRÜNEN sich ein:

- Der städtische Zuschuss für die freien Kulturzentren darf nicht weiter gekürzt werden. Ein langfristiges kommunales Engagement soll Planungssicherheit schaffen. Die allgemeinen Teuerungsraten müssen wieder Bestandteil des kommunalen Finanzausschusses werden.
- Die Stadtbücherei mit ihren Filialen in den Stadtteilen Haspe und Hohenlimburg muss in der jetzigen Qualität erhalten bleiben. Ebenso die Volkshochschule als DAS kommunale Weiterbildungszentrum. Sie sind Zentren der Bildung, Information und Begegnung mit einer nicht zu unterschätzenden sozialen Komponente. Wer sich den Kauf von Büchern nicht leisten kann, muss trotzdem lesen können!
- Bestandssicherung des Stadttheaters, des Balletts und Philharmonischen Orchesters auf hohem Niveau: Theater und Orchester sind eng miteinander verbunden und haben seit fast 100 Jahren eine große Bedeutung für Hagen und die Region. Das Theater muss mit einer tragfähigen finanziellen Ausstattung in seiner bisherigen Ausrichtung als mehrspartiges Haus erhalten bleiben, um seinen Bildungsauftrag weiterhin zu erfüllen.
- Unterstützung und Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Kulturbüros, das nicht allein Ver-

ansteller von Festivals ist, sondern Bindeglied, Organisator und Koordinator der freien Kulturarbeit und der Kulturzentren. Veranstaltungen wie Muschelsalat, TanzTräume oder TonArt müssen erhalten bleiben.

- Die einzigartige paläontologische Fundlandschaft in Hagen muss weiter wissenschaftlich ausgewertet und entsprechend ihrer Bedeutung beworben werden.
- Es gibt vielfältige interkulturelle Aktivitäten in Hagen. Sie müssen noch mehr als bisher selbstverständlicher Bestandteil aller kulturellen Einrichtungen sein. Interkulturelle Kulturarbeit ist kein Luxus, sondern muss als wesentlicher Faktor für die Integration von Zugewanderten und Alteingesessenen geachtet und gefördert werden.



Aber nur mit einer festen Grundsicherung ist ihr Bestand gesichert. Daher muss trotz der prekären finanziellen Situation der Stadt das breite kulturelle Angebot erhalten bleiben – und zwar als Mix der freien Kultur und der Institutionen der sog. „Hochkultur“. Alle Möglichkeiten, ihre hohe Qualität zu garantieren, müssen ausgeschöpft werden. Soweit wie möglich soll die marktwirtschaftliche Effizienz gesteigert werden und private Initiativen eingebracht werden – eine kommunale Finanzierung bildet jedoch die Grundlage, denn Kunst und Kultur dürfen nicht nur als abrufbare Dienstleistung betrachtet werden.

Zeit für Bewegung – Zeit für Sport in Hagen

GRÜNE Sportpolitik setzt sich für gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt an sportlichen, gesundheitsfördernden und Gemeinsinn schaffenden Betätigungen im Breiten-, Leistungs- und Freizeitsport ein. Dabei sind sowohl Vereins- als auch der vereinsungebundene Sport zu fördern und deren Rahmenbedingungen durch die Stadt zu sichern.

Vereinsport

Die Hagener Sportvereine sind das Rückgrat unserer attraktiven Sportlandschaft. Sie bringen Tausende von Hagenerinnen und Hagenern in Bewegung und setzen ehrenamtliches Engagement frei, ohne das unsere Stadt nicht so lebendig wäre. Dieses Ehrenamt wollen wir stärken. Die Sportvereine spielen darüber hinaus eine wichtige soziale und kulturelle Rolle. Gerade in Zeiten eines beschleunigten sozialen

Wandels übernimmt der Vereinssport eine zentrale gesellschaftliche Integrationsfunktion. Deshalb stehen wir zu Hagens Sportvereinen. Wir wollen dabei vor allem die Kinder- und Jugendförderung intensivieren.

Gleichzeitig wollen wir Randsportarten und kleineren Vereinen so weit als möglich bei der Durchsetzung ihrer Anliegen zur Seite stehen.

Der Zugang zum Sport ist insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund und hier vor allem für Kinder und Jugendliche keine Selbstverständlichkeit. Wir wollen deshalb gezielt die Teilnahme an Programmen wie „Integration durch Sport“ fördern. Die Sportvereine der Hagener Migrantinnen und Migranten wollen wir zudem dabei unterstützen, geregelte Nutzung von Sport- und Trainingsplätzen und -räumen und leichteren Zugang in die regionalen Ligen zu erlangen.

Breitensport auch ohne Verein

Aktiver Sport ist gleichwohl nicht an Vereine gebunden. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten der vielen nichtorganisierten FreizeitsportlerInnen verbessern. Angebote für den Breitensport müssen ein unverzichtbarer Bestandteil der Sportstättenentwicklung und der generellen Stadtentwicklung werden.

Wir treten dafür ein, mehr gewidmete Freiflächen für Sport, Spiel und Freizeit zur Verfügung zu stellen. Kinder und Jugendliche haben in ihrem direkten Wohnumfeld immer weniger Platz, wo sie in ihrer Freizeit ungestört Sport treiben können. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bestand an Sport- und Bolzplätzen für den unorganisierten Freizeitsport erhalten und nach Möglichkeit ausgeweitet wird.

Für Trendsportarten wie Mountainbiking oder Nordic Walking müssen unentgeltliche Möglichkeiten bestehen. Hagens wunderschöne Waldlandschaft bietet Gelegenheiten für solche Entwicklungen. Aber auch über Angebote wie ein Streetball-Multifunktionsfeld z.B. im Sportpark Ischeland sollte nachgedacht werden.



Die Hagener GRÜNEN wollen:

- dass jedes Schulkind schwimmen lernt. Ausreichender Schwimmsportunterricht in den Schulen und notwendige Hallenkapazität muss vorgehalten werden. Auch die Fahrtkosten zum Schwimmunterricht dürfen kein Problem sein.
- keine weiteren Bäderschließungen.
- Modernisierung der Sportanlagen durch Kunstrasen und energetische Sanierung von Gebäuden und Sporthallen.
- Unterstützung von Vereinen mit vereins-eigenen Anlage aus der Sportpauschale.
- Förderung von Trendsporteinrichtungen wie z.B. die Einrichtung einer MTB-Strecke in Eilpe.
- Umbau und Sanierung der Ischelandhalle für den Schul-, Vereins- und Basketballspitzensport.

Sport braucht Räume. Für intakte und attraktive Sportanlagen machen wir uns stark. Eine wesentliche Aufgabe der kommunalen Sportpolitik ist es, den dringenden Sanierungsbedarf von Sporthallen und Sportplätzen zu meistern. Oberste Priorität hat für uns die Versorgung mit hochwertigen Sportanlagen für den Schul- und Vereinssport.

Die sportliche Infrastruktur in Hagen muss allerdings angepasst werden, - einer schrumpfenden Bevölkerung und gewandelten Freizeitbedürfnissen. Manche überalterte Sportanlage ist nur noch teuer zu sanieren und kann im Einzelfall wegfallen. Verbleibende Anlagen für Breiten- und Spitzensport sollten dann allerdings modernisiert und ausreichend Hallen- und Platzzeiten für Schul-, insbesondere für Schulschwimmsport und die Vereine vorgehalten werden. Die Sparbeiträge des Sports in Hagen zur Haushaltskonsolidierung sind so zu dimensionieren, dass keinerlei Strukturen zerschlagen werden.



Kreative Lösungen müssen jedoch geprüft werden: So sind viele Schulsport-hallen in den Ferien nur eingeschränkt nutzbar, während für Jugendliche und Kinder in diesen Zeiten nur begrenzte Sportmöglichkeiten bestehen. Gleichzeitig sind immer mehr Familien aufgrund ihrer finanziellen Situation gezwungen, in den Ferien zuhause zu bleiben. Deswegen sollten die Öffnungszeiten der Sportanlagen in den Schulferien wesentlich erweitert werden.

Generell meinen wir: Sportflächen, die für ihre ursprüngliche Nutzung nicht mehr geeignet sind, sollten trotzdem planerisch zuerst auf eine Weiternutzung im Sport- und Freizeitbereich geprüft werden. Genau wie Hagens Freiflächen sind auch seine Sportanlagen keine Bauflächenreserve.

Spitzensport

Auch Hagens Spitzensport ist ein wichtiger Standortfaktor für unsere Stadt. Allerdings: im Gegensatz zum Breitensport muss ein zukunftsfähiger Spitzensport finanziell auf eigenen Füßen stehen. Angesichts von Hagens Verschuldung kann GRÜNE Sportpolitik nur soweit für eine kommunale Förderung des Spitzensportes eintreten, wie zunächst Breiten-, Freizeit- und Schulsport angemessen ausgestattet werden können.

Sport und Gesundheit

Sport und Bewegung sind wichtig für die Gesundheit. Übergewicht und Herz-Kreis-lauferkrankungen, Diabetes und orthopädische Probleme wie Rückenleiden lassen sich durch sportliche Betätigung verringern oder entstehen gar nicht erst. Daher sind Sportmöglichkeiten aktive Prävention. Das nutzt auch dem Gesundheitssystem. Die GRÜNEN unterstützen daher alle Initiativen, die Menschen jeden Alters an den Sport heranführen, – von den Jugendsporttagen bis zum Programm „Fit für 100“.



Eine Beispielrechnung anhand des Hagener Haushalts für das Jahr 2007 zeigt:

Den größten Block bilden die fatal hohen Zinszahlungen von 56,3 Millionen. Diese Zinsen zahlt Hagen vor allem für die Verschuldung aus Kassenkrediten. (Anmerkung: Diese Kassenkredite werden nicht aufgenommen, um z.B. rentierliche Investitionsvorhaben zu finanzieren, sondern um die kurzfristige Liquidität zu sichern: Gehälter, laufende Kosten und Gebühren müssen bezahlt werden, und nicht zuletzt werden die immer weiter auflaufenden Zinslasten durch neue Kredite finanziert – ein Teufelskreis!)

Einen großen Block bilden aber auch externe Faktoren, auf die die Stadt keinen Einfluss hatte.

- 38,9 Millionen waren allein durch Steuerausfälle verursacht, die von Entscheidungen in Land und Bund herrühren.
- 3,2 Millionen sind entstanden, weil das Land seiner Verpflichtung nicht nachkommt, für Aufgaben zu zahlen, die es den Gemeinden überträgt: Die Kosten der Gesetzesänderungen im Kindertagesbereich und der verlogenen Verwaltungsreform, mit der die schwarzgelbe Landesregierung sich ihren Stellenplan schön rechnet, werden hier durchgereicht.

6. Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung: Zeit für Führung mit Plan

Zeit für ehrlichen Kassensturz– Hagens Schulden sind nicht bloß hausgemacht

Hagen zählt zu den Städten mit der höchsten Verschuldung in NRW. Jedes Jahr übersteigen die städtischen Ausgaben die Einnahmen um ca. 125 Millionen Euro, und das auf der Basis eines Schuldensockels von über 800 Millionen Euro. Ein Armutszeugnis im Wortsinn, für das die Öffentlichkeit mit zunehmender Empörung die Lokalpolitik verantwortlich macht. Dass diese Schuldzuweisung so nicht stimmen kann, sieht man schon daran, dass Hagen mit seinen Problemen nicht allein dasteht: 147 Kommunen in NRW – fast die Hälfte – sind massiv verschuldet. Alles nur wegen örtlicher Faktoren?

Sicherlich hat die Ausgabenpolitik der vergangenen Jahrzehnte den Grund für Hagens Verschuldung gelegt. Ob eine Neue Mitte und ein neues Rathaus auf Pump oder gescheiterte Derivatgeschäfte zur vermeintlichen Zinsoptimierung, – vieles ist hausgemacht.

Aber die meisten Investitionsvorhaben und Großprojekte, mit denen Hagen sich ins Minus gefahren hat, liegen schon sehr lange zurück. Die daraus entstandenen Schulden ziehen sich weiter durch die Haushalte, trotz massiver Spar- und Kürzungsbemühungen in den letzten Jahren. Auch der anhaltend hohe Fixkostenblock, der sich u.a. aufgrund der überdimensionierten Infrastruktur des vermeintlichen Oberzentrums Hagen ergibt, gehört auch zu den Faktoren, die nicht auf die Schnelle veränderbar sind.

Und es ist auch nicht so, dass die Stadt für das viele Geld, das uns heute fehlt, nichts bekommen hat. Es ist nicht alles nur „verfrühstückt“ worden. Eine lange Reihe

von Projekten hat in den letzten 10 Jahren das Gesicht der Stadt oft positiv verändert. Da waren ja nicht nur die Neue Mitte mit neuem Rathaus oder die Ortsumgehungen in Boele und Haspe, die wir GRÜNEN als überflüssig und zu teuer abgelehnt haben. Es gab auch viele Investitionsvorhaben, denen wir zugestimmt haben: Die Volme in der City wurde renaturiert, das Schumachermuseum wurde begonnen, Bäder und Schulen wurden saniert, Theaterwerkstätten wurden neu gebaut, der Bahnhofsvorplatz, das Rathaus II, die Wippermannpassage und das Schloss Werdringen wurden saniert. Es gibt eine runderneuerte Busflotte, die mit Biodiesel betrieben wird und einen neuen Straßenbahnbetriebshof; Hagen hält sein Kanalnetz in Ordnung, investiert in die Übermittagbetreuung unserer Kinder und erneuert nach dem Neubau der Feuerwache Ost auch die überalterten Gerätehäuser im Stadtgebiet.

Nicht jede dieser Investitionen war unumstritten. Aber es bleibt das Faktum: Hagen hat in seine Infrastruktur, seine städtischen Leistungen und seine Attraktivität in den letzten Jahren viel investiert. Die Stadt hat sich nicht aus purer Misswirtschaft verschuldet, sondern damit Werte für die Stadt geschaffen, um Hagen lebenswert und zukunftsfähig zu machen. Dazu kommt: Öffentliche Infrastruktur ist meist nicht kostendeckend zu betreiben, und städtische Leistungen bleiben ein Zuschussgeschäft, wenn sie nicht radikal schlechter als anderswo erbracht werden sollen.

Diese Versuche, die Stadt zu entwickeln und attraktiv zu erhalten, fanden vor dem Hintergrund schrumpfender Wirtschaft und starker Abwanderung, also auch deutlich sinkender Kommunaleinnahmen statt. Und wie oben gezeigt sind Land und Bund keine Hilfe, sondern zwingen die Stadt durch neue Aufgaben, die nicht hinreichend gefinanziert sind, sich weiter zu verschulden.

- 7,4 Millionen zahlte die Stadt Hagen, um notleidende Gemeinden in Deutschlands Osten zu unterstützen.
- Mit 16,1 Millionen schlug die Belastung durch die Sozialleistungen zu Buche, wo Hagen 2,5% über dem Landesschnitt liegt.
- Weitere 1,5 Millionen entstanden aus dem jährlichen Einwohnerverlust von 1000 Menschen, die Hagen den Rücken kehren.

Das ergibt dann in der Summe 123,4 Millionen Euro, fast das gesamte strukturelle Defizit der Stadt Hagen. Und weniger als die Hälfte davon ist durch selbst verschuldete Faktoren verursacht.

Mittlerweile hat auch die „Zukunftskommission“ aus Hagerer Stadtverwaltung und Arnsberger Aufsichtsbehörde eingesehen, dass es überhaupt solche externen Faktoren gibt, – erstmals! Überschlägig beziffert wird diese Summe jedoch eher zu niedrig: Die Kommission geht von 40 bis 45 Millionen Euro jährlich aus.



1. Versuch: KOMA

Von 2003 bis 2008 sollte das verwaltungsinterne Konsolidierungsmanagement („KOMA“) Einsparungen im Umfang von 57 Mio. Euro durch ein Maßnahmenpaket quer durch alle Bereiche städtischer Tätigkeit erzielen. Die etwas über 30 Mio. Euro struktureller Einsparungen, die am Ende als Erfolg unterm Strich standen, wurden im gleichen Zeitraum durch die vermehrten Zinslasten aufgeessen. Schon diese erste Kürzungswelle führte zu herben Einschnitten bei den Bädern, dem ÖPNV und den Zuschüssen zu Sozialverbänden und Kulturstätten.

2. Versuch: Mentor

2007 haben CDU und SPD auf Anweisung des Regierungspräsidenten die Haushaltskürzungen neu institutionalisiert: Professor Bajohr aus Düsseldorf wurde als „Mentor“ eingesetzt, um Hagens Haushaltslöcher durch radikale Maßnahmen zu verschließen. Mittels bislang zweier Sparpakete sollte er Hagens strukturelles Defizit um ca. 75 Mio. Euro vermindern; weitere Pakete sollten folgen, bis im Jahr 2014 der gesamte Haushalt strukturell ausgeglichen sein soll. Die Vorschläge dieses Mentors enthielten massive Einschränkungen im kulturellen Bereich, besonders beim Theater und den Büchereien, den Abbau wesentli-

Diese Zusammenhänge werden ignoriert, – in der Öffentlichkeit und auch bei der Aufsichtsbehörde in Arnsherg. Es wird so getan, als sei Hagen nur deshalb in den Miesen, weil die Stadt sich eine luxuriöse Ausstattung in allen Arbeitsfeldern leistet. Und nicht etwa, weil wir auch erhebliche demografische und infrastrukturelle Probleme haben.

Zeit für verantwortliches Haushalten: Kein kopfloses Kürzen

Hagens Verschuldung führt dazu, dass die Haushalte der letzten Jahre nicht mehr genehmigt werden konnten, weil die geplanten Ausgaben die jeweils geplanten Einnahmen deutlich übersteigen. Das bedeutet, Hagen ist eine „Nothaushaltskommune“. Laut Gesetz darf eine Stadt ohne genehmigten Haushalt nur noch die nötigsten Ausgaben tätigen, zu denen sie verpflichtet ist. Neue Projekte und freie Verwendung städtischer Mittel im Sinne des in der Verfassung festgeschriebenen Rechts auf kommunale Selbstverwaltung sind nicht möglich. Die Aufsichtsbehörde – in Hagens Fall die Bezirksregierung in Arnsherg – muss die Haushaltstätigkeit überwachen und jede neue Maßnahme genehmigen.

Um aus diesem Zustand herauszukommen, wurden und werden verschiedene Sparanstrengungen unternommen (siehe Kasten KOMA, Mentor, Zukunftskommission):

Die verordneten Kürzungen wurden im Brustton der Unabänderlichkeit vorgebracht, und nur massive Proteste und Nachfragen der GRÜNEN haben dazu geführt, dass die Vorschläge überhaupt einzeln sachgerecht diskutiert wurden. Trotzdem hat sich die schwarz-rote Mehrheit über Jahre geweigert, die Fachausschüsse des Rates an der inhaltlichen Beratung zu beteiligen, obwohl dort die Fachleute sitzen, die die Auswirkungen solcher Beschlüsse bewerten können. Erst jetzt zu den

Beratungen über die Maßnahmen aus der Zukunftskommission wird sich das endlich ändern.

Die GRÜNEN haben sich trotzdem den jeweiligen Sparmaßnahmen nicht komplett verweigert. Schon im KOMA-Prozess konnten wir von den vorgeschlagenen 57 Millionen knapp 30 mittragen. Beim ersten Sparpaket des Mentors waren es 22 von vorgeschlagenen 37 Mio. €; weitere 4 Mio. € konnten wir durch eigene Vorschläge zum Maßnahmenpaket beisteuern. Beim Paket der Zukunftskommission halten wir immerhin die Prüfung von 77,2 Mio. € von den vorgeschlagenen 90,5 Mio. € für vertretbar, wissen aber schon heute, dass realistisch maximal die Hälfte des Betrages zu erreichen sein wird.

Für die Bewertung der GRÜNEN steht aber bei allen Spar- und Kürzungsvorschlägen ein anderes Kriterium im Mittelpunkt: Für uns zählt nicht die Summe unterm Strich, sondern die nachhaltige Wirkung. Das gilt ökonomisch, ökologisch und sozial: Hagens Haushaltssanierung darf nicht dazu führen, dass die Stadt ausblutet, zentrale Infrastrukturen absterben, wesentliche Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz, Gesundheitsvorsorge und Bildung vernachlässigt werden und die Abwanderung der Bevölkerung fortschreitet. Anhand dieser Kriterien haben wir die Vorschläge im Einzelnen bewertet, uns differenziert dazu verhalten und uns erlaubt, alles abzulehnen, was aus unserer Sicht Hagens Zukunft gefährdet.

Für diese Haltung sind die GRÜNEN stark angefeindet worden, denn nach Ansicht des Mentors, des Regierungspräsidenten und der CDU handelt unverantwortlich, wer überhaupt die Vertretbarkeit einzelner Kürzungsvorschläge in Frage stellt. Am liebsten würden diese Leute alles en bloc und ohne Diskussion verabschieden.

Wir GRÜNE werden weiterhin fachlich einzeln prüfen, was man uns vorschlägt. Nur das ist in unseren Augen seriöses politisches Handeln. Dafür treten wir an, und dafür möchten wir gewählt werden.

cher Umweltstandards, ruinöse Einschränkungen des Busverkehrs und viele andere, zum Teil sehr kontroverse Maßnahmen. Als er allerdings in seinem zweiten Sparpaket mit einer Mehr-als-Verdopplung der Grundsteuer auch bei den Altparteien angeeckt ist, verließ der Mentor Hagen vorzeitig.

3. Versuch: Zukunftskommission

Ein Urteil des OVG in Münster zwang die Bezirksregierung dazu, sich an den Überlegungen für die Entschuldung des Hagener Haushaltes inhaltlich zu beteiligen, bevor sie weiterreichende Einzelmaßnahmen anordnet: Regierungspräsident Diegel (CDU) hatte die Schließung von 10 Schulen per Verfügung gegen anderslautende Ratsbeschlüsse durchdrücken wollen, um eine Million Einsparsumme bei Schulgebäuden zu erreichen, die der Mentor im ersten Sparpaket vorgeschlagen hatte. Nachdem das als rechtswidrig feststand und auch durch ein Bürgerbegehren untermauert wurde, setzten sich Arnsberger Aufsicht und Hagener Verwaltung drei Monate an einen Tisch, um ein neues Sparpaket zu schnüren. Herausgekommen ist eine Liste von „Hausnummern“: 90,5 Millionen sind bis 2014 einzusparen, wobei weitere 5,5 Millionen im Bereich Kultur noch strittig sind. Dieser Gesamtbetrag verteilt sich grob auf einige Groß-

bereiche in der Verwaltung wie Personal, Gebäude, Kultur, Beteiligungen etc. Konkrete Maßnahmen werden daraus erst nach der Wahl geschneidert, so dass es für die Mehrheit recht einfach ist, eine pauschale Größenordnung zu beschließen, ohne zu wissen, was das im Einzelnen für Folgen hat.

Wir GRÜNEN machen uns das nicht so leicht, sondern haben uns schon jetzt differenziert verhalten: Zum größten Posten, der Kosteneinsparung im Personalbereich von 33 Mio. Euro, haben wir ein umfangreiches eigenes Konzept vorgelegt. Kürzungen in den Bereichen Jugend, Soziales, Kultur, Bildung, Büchereien, Bäder und ÖPNV sind für uns insgesamt nicht mehr tragbar, aber viele andere Vorschläge der Zukunftskommission wollen wir prüfen.

Natürlich kann es nicht weitergehen wie bisher: In Zukunft darf es nicht mehr in erster Linie darum gehen, von einem neuen Großprojekt zum Nächsten zu planen. Denn die Fremdfinanzierung dieser Innovationen belastet den Haushalt zunehmend und verhindert die Sicherung des Bestandes. Es wird mehr darum gehen, das Funktionierende in dieser Stadt nachhaltig zu sichern. Wir müssen den Bestand schützen und die vorhandenen Qualitäten soweit wie möglich erhalten.

Wir müssen die Infrastruktur der Stadt Hagen aber auch auf die Folgen des demografischen Wandels einstellen. Das heißt im Einzelfall - unter Abwägung sozialer, ökonomischer und ökologischer Folgewirkungen - auch Schrumpfung oder sogar Wegfall von Leistungen.

Aber das muss nachhaltig geschehen: Nicht die schiere Einsparsumme darf im Mittelpunkt stehen. Vielmehr müssen wir in Hagen selbst definieren, welche Leistungen wir vorhalten, um die Stadt attraktiv zu erhalten und zumindest die Abwanderung zu bremsen. Sonst ist Hagen die Stadt, die zwar Baugebiete ausweist, sie jedoch infrastrukturell nicht ausreichend erschließen kann, die Grünflächen anlegt, ohne sie ausreichend pflegen zu können, die Kultur- und Sportstätten nicht mehr unterhalten kann und damit ihren produktiven Kern aufgibt.

Allerdings sind wir überzeugt, dass Hagen seine Überschuldung nicht aus eigener Kraft bewältigen können wird. Die externen Belastungen auf den städtischen Haushalt wiegen so schwer, dass nur eine allgemeine Gemeindefinanzreform oder zumindest ein Entschuldungskonzept helfen kann. Die Verteilung der Mittel zwischen Land und Kommunen muss neu geregelt werden. Auch das so genannte „Konxinitätsprinzip“, das seit 2004 auch in der Landesverfassung steht, muss zwingend eingehalten werden: Wer per Gesetz eine Leistung der Städte bestellt, muss auch dafür bezahlen. Auswüchse wie z.B. das missglückte Kinderbildungsgesetz KIBIZ darf es nicht mehr geben.



Zeit für Personalentwicklung bei der Stadtverwaltung

Pauschal wird oft behauptet, in der Hager Stadtverwaltung arbeiten zu viele Beschäftigte. Einige Politiker sind der Meinung, wenn man einfach mehrere Hundert VerwaltungsmitarbeiterInnen entlässt, wären Hagens Finanzprobleme gelöst.

Richtig ist: Hagen hat im Verhältnis zu anderen Städten mehr Personal. Die Personalkosten bilden den größten Kostenblock im Haushalt.

Richtig ist aber auch: Oft hinkt der Vergleich. Denn andere Städte haben Aufgaben, die in Hagen ganz oder teilweise städtisch erledigt werden, in private Rechtsformen ausgelagert. Die Kosten dafür erscheinen dann zwar nicht mehr im Personalhaushalt, schlagen aber bei den Sachkosten in ähnlicher Höhe zu Buche. Der gerne angeführte Vergleich mit der Stadt Hamm ist so ein Beispiel.

Richtig ist: Wenn eine Stadt so rasch Einwohner verliert wie Hagen, muss auch Infrastruktur verringert werden. Das kann am Personalbereich nicht vorbeigehen.

Richtig ist aber auch: Die Gleichung „Soviel die Einwohnerschaft schrumpft, muss auch die Verwaltung schrumpfen“ ist so pauschal falsch. Denn städtische Dienstleistungen sind nicht nur auf die Anzahl der BürgerInnen bezogen, wie z.B. bei der Ausstellung von Ausweisen oder der Schulverwaltung. Die Verwaltung hat auch Aufgaben, die sich z.B. auf das Stadtgebiet beziehen, das ja nicht schrumpft. Oder sie muss damit fertig werden, dass bestimmte personalintensive Aufgaben eher noch ansteigen, z.B. die Zahl der EmpfängerInnen von Sozialleistungen.



Für uns GRÜNE ist daher klar:

Wir wollen eine effiziente Verwaltung, aber eine vorgegebene Kopfzahl von MitarbeiterInnen, die reduziert werden sollen, kann es für uns nicht geben. Damit unterscheiden wir uns deutlich von Vorstellungen, wie sie z.B. von FDP oder „Bürger für Hagen“ vertreten werden. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen sind daher für uns keine Option.

AUFGABEN- KRITIK



PERSONAL- ENTWICKLUNG

Das bedeutet: Es muss geprüft werden, ob manche Aufgaben wegfallen oder weniger intensiv bearbeitet werden müssen. Welche das sind, ist zwischen den politischen Kräften in Hagen umstritten.

Während CDU, SPD, FDP und BfH dabei z.B. gerne die Umweltverwaltung zerschlagen würden, die sich allerdings mittlerweile hauptsächlich mit pflichtigen Aufgaben beschäftigt, haben wir GRÜNE auch Bereiche im Auge, die bislang kaum von Kürzungen betroffen waren. Ein Beispiel ist die Planungsverwaltung, wo weiterhin für eine schrumpfende Stadt neue Bebauungspläne wie am Fließband produziert werden. Aus unserer Sicht eine zukünftig fragwürdige Aufgabe.

Besonderes Augenmerk wollen wir auch auf Ämter und Bereiche richten, in denen sich die Stadtverwaltung selber verwaltet. Hier wurde in früheren Jahren munter neues Personal eingestellt, während Bereiche, die unmittelbar Serviceleistungen für die Bevölkerung anbieten, bereits bluten mussten. Aus GRÜNER Sicht gibt es durchaus Sektoren, in denen Personal aufgestockt werden müsste.

Wichtig ist aber auch ein nachvollziehbares Personalentwicklungskonzept. Wo Stellen aufrecht erhalten werden müssen, sollen sie überwiegend intern aus den vorhandenen VerwaltungsmitarbeiterInnen nachbesetzt werden. Dafür müssen wir diese Menschen vorausschauend qualifizieren.

Bisher behauptet die Verwaltung: Von den 550 bis 2014 ausscheidenden Beschäftigten müssen 470 extern neu nachbesetzt werden.

Das ist zweifelhaft und muss hinterfragt werden.

Natürlich können weder Feuerwehrleute noch KindergärtnerInnen oder AmtsärztInnen aus dem vorhandenen Personal rekrutiert werden. Aber in vielen anderen Bereichen der Verwaltung lassen sich MitarbeiterInnen mit einer Verwaltungsaus-

bildung leicht für neue Aufgaben weiterqualifizieren. Dazu gehört auch, dass die Stadt nicht auf Ausbildung verzichtet.

Nachdem die Zukunftskommission ein Sparziel von 33 Mio. Euro bis 2014 durch freiwilliges Ausscheiden von Personal vorgeschlagen hat, haben die GRÜNEN eine ausführliche Initiative für eine moderne Personalentwicklung in den Rat eingebracht.

Schon seit zwei Jahren hat sich die Stadt Hagen das Projekt „Moderne Verwaltung“ (MoVe) vorgenommen. Auch aus unserer Sicht ist das ein Schlüsselprojekt für Effizienzsteigerung und Straffung von bürokratischen Strukturen. Arbeitsabläufe sollen analysiert und optimiert werden; Reibungsverluste zwischen verschiedenen Zuständigkeiten und zwischen Verwaltung und ihren Kunden (genauer: ihren Auftraggebern, den Bürgerinnen und Bürgern) will man vermindern.

Allerdings ist dieses Projekt bisher wenig engagiert und zielführend angegangen worden: Eine schon erstellte Projektbeschreibung wurde wieder zurückgezogen. Danach trat die von der schwarz-gelben Landesregierung zurechtgestümperte Änderung der Gemeindeordnung in Kraft, die den Oberbürgermeistern die wesentlichen Hoheitsrechte im Personalbereich zuspricht: Seitdem ist der Oberbürgermeister formal fast ausschließlich allein für die im Projekt „MoVe“ bearbeiteten Aufgabenbereiche zuständig.

Mit den Effekten von „MoVe“ sollen jedoch deutliche Spareffekte erzielt werden: Von strukturell mehreren Millionen Euro wird ausgegangen. Daher ist dieses Projekt für uns eine zentrale strategische Stellschraube für das effiziente Funktionieren der Hagener Verwaltung. Es darf nicht weiter der politischen Mitwirkung und der demokratischen Kontrolle verschlossen bleiben.

Insbesondere plädieren die GRÜNEN für eine stärkere Nutzung externer Beglei-



tung und Kompetenz bei der Verwaltungsreform, möglichst durch Hochschulen wie die Kommunalakademie der Universität Münster oder die in Hagen ansässige Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung. Es ist nicht nachvollziehbar, dass eine Umwälzung bestehender Arbeitsstrukturen sinnvoll ausschließlich von den MitarbeiterInnen konzipiert werden soll, die nur in diesen Strukturen ihr Handwerk gelernt haben.



Seit 2008 ist landesweit die Haushaltsführung der Städte und Gemeinden auf das kaufmännische System der Doppelten Buchführung umgestellt worden. Diese umwälzende Neuerung eines jahrhundertealten Systems der kommunalen Rechnungslegung soll den BürgerInnen und der Politik bessere Kontrolle der städtischen Finanzen ermöglichen.

Insbesondere sollen in Zukunft zur Verfügung stehen

- Ehrliche produktbezogene Kosten durch Offenlage der internen Verrechnung
- Nachprüfbare Zielerreichungsdaten durch steuerungsrelevante Kennzahlen.

Diese Ziele und Kennzahlen müssen jedoch zunächst von Politik und Verwaltung gemeinsam entwickelt werden. Dafür müssen sich die Politiker im Rat die Frage stellen: Welche Haushaltszahlen sind für eine Steuerung des städtischen Handelns wesentlich? Ein solcher Diskussionsprozess ist – obwohl vom Gesetzgeber vorgesehen – in Hagen noch stark unterentwickelt. Hier waren die GRÜNEN im Rat deutliche Schrittmacher und wollen dies auch weiterhin sein. Damit der städtische Haushalt in Zukunft für alle HagenerInnen lesbar und transparent wird!



Zeit für zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung

Eine produktive Wirtschaftsentwicklung ist eine Lebensader der Stadt – das wissen auch die Hagener GRÜNEN.

In Hagen sind aufgrund des Strukturwandels viele Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe weggebrochen. Wie in anderen Städten und Regionen auch konnte dieser Stellenabbau bisher nicht annähernd durch neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich ausgeglichen werden. Die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren lag konstant auf hohem Niveau.

Trotz dieser Herausforderung reduzierte sich Hagener Wirtschaftsförderung in der Vergangenheit vorrangig auf das Konzept- und orientierungslose Ausweisen von Gewerbeflächen, die zudem mit Steuermitteln hoch subventioniert werden. Ganz nach dem Motto: Wir stellen die Flächen, dann wird sich schon jemand darauf ansiedeln! Dass das nicht funktioniert, kann man nicht nur in Deutschlands Osten besichtigen.

Hinzu kommt, dass in Hagen mehrere Akteure auf diesem Arbeitsfeld tätig sind: Die Wirtschaftsförderungs-GmbH (WFG), das städtische Service-Zentrum Wirtschaft (SZW) und zum Teil der jüngst insolvent gewordene Stadtmarketingverein sowie das eine oder andere Amt haben überschneidende Zuständigkeiten. Hier ist eine Neuordnung geplant. Die GRÜNEN favorisieren eine Bündelung unter dem Dach der WFG.

Wir meinen: Eine zukunftsorientierte kommunale Wirtschaftsförderung muss zunächst den heimischen Wirtschaftsstandort sichern und stärken. Sie muss vorrangig die gewachsenen kleinen und mittelständischen Betriebe unterstützen, fördern und am Ort halten.

Zukunftsorientierte, sozial und ökologisch verträgliche Wirtschaftsförderung muss sich vorrangig an den folgenden Leitlinien orientieren:

- umweltgerecht produzieren und entsorgen.
- ressourcenschonend wirtschaften.
- solidarisch finanzieren und handeln.
- sozialverträglich umverteilen.
- konzeptionell entwickeln.
- effektiv und effizient organisieren.

Die Hagener GRÜNEN schlagen zur zukunftsorientierten Wirtschaftsförderung folgende Maßnahmen vor:

- vorrangige Förderung von beschäftigungsintensiven und ausbildenden Betrieben.
- Information, Koordination und Betreuung von Betrieben bei Verlagerungen, Erweiterungen und Neuansiedlungen.
- Auflage und Koordination eines Risikokapitalfonds für ExistenzgründerInnen.
- Initiierung und Unterstützung von Kooperationsnetzwerken von Kleinbetrieben (z.B. in Gründerzentren, Gewerbehöfen und Genossenschaften).
- Initiierung und Organisation regionaler Zusammenarbeit (z.B. Regionalkonzepte, Re-

gionalkonferenzen, Regionalagenturen, Entwicklungsgesellschaften).

- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe (z.B. in Landwirtschaft, Versorgung / Energie).
- Auf- und Ausbau eines effektiven Gewerbeflächenmanagements (z.B. durch Revitalisierung, Gewerbeflächenbörse, Verdichtete Flächennutzung, Vergabe nur an "Bedürftige") auch in interkommunaler Zusammenarbeit.
- Öffentliche Ausschreibung der zum Verkauf anstehenden städtischen Gewerbeflächen.
- Entwicklung eines Standardverfahrens für die Vergabe von Flächen.
- Auflegen eines kommunalen Förderprogrammes für regenerative Energien.
- Entwicklung eines Berichtswesen und Controllings über die Aktivitäten der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.



Daneben müssen neue zukunftsrelevante Felder erschlossen und gefördert werden (z.B. Bildung, neue Medien/Technologien, Forschung, Gesundheit, Freizeit), in denen ansiedlungswillige Unternehmen gezielt gesucht werden. Mehr als bisher müssen dabei die Fördermaßnahmen an ökologische, soziale und ökonomische Bedingungen geknüpft werden:

- Die Beratungs- und Dienstleistungen der Wirtschaftsförderung sollen sich vorrangig auf Betriebe erstrecken, die dies besonders benötigen – z.B. Existenzgründer, Ansiedlungswillige, Kleinbetriebe.
- Die ausgewiesenen Gewerbeflächen müssen vorrangig den Genannten oder auch solchen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, die aus raumordnungs- bzw. städtebaulichen Gesichtspunkten (z.B. Platzmangel, Expansionsnotwendigkeit, Verlagerungsnotwendigkeit) als förderfähig angesehen werden.
- Ein ressourcenschonender Flächenverbrauch muss dabei selbstverständlich sein, z.B. durch mehrgeschossige Bebauung, Vermeidung von flächenintensiven Betriebsgebäuden bei nur geringem Arbeitsplatzzuwachs und durch ein optimiertes Verhältnis von Infrastruktur zu Nutzfläche.

... aber nur mit Beschäftigungseffekt!

Nachhaltige Wirtschaftsförderung ist auch Beschäftigungsförderung. Die Stadt hat ein Interesse, dass durch kommunale Wirtschaftsförderungsmaßnahmen nicht bloß die Gewerbesteuer steigt. Auch neue Arbeitsplätze müssen geschaffen oder zumindest bestehende erhalten werden. Jede Förderung muss in einem angemessenen Verhältnis zum erzielten Beschäftigungseffekt stehen.

7. BürgerInnenbeteiligung, Transparenz: Zeit für den Durchblick

Zeit für mehr BürgerInnenbeteiligung

Viele Bürgerinnen und Bürger kommen erst mit der Hagener Politik in Berührung, wenn plötzlich in ihrer Straße Bäume gefällt werden, wenn die Gebühren für die Müllabfuhr mal wieder steigen, oder wenn im Kindergarten Personal eingespart werden soll.

Dann kommen Fragen auf: Wer hat das entschieden und warum?

Beschwert sich der oder die Betroffene dann bei der Verwaltung, heißt es meistens: Das hat der Rat beschlossen.

Befragt er oder sie dann Ratsmitglieder, werden die Antworten komplizierter: Mal wird mit Sparzwängen argumentiert, mal mit dem Verweis auf rechtliche Verpflichtungen oder frühere Verfahrensschritte. Selten übernimmt jemand eindeutig die Verantwortung und sagt: Das haben wir aus diesem oder jenem Grund so entschieden!

Fast immer aber ist der Zeitpunkt, an dem Betroffene sich ins Verfahren hätten einbringen können, lange vorbei. Das hat oft damit zu tun, dass sich kaum jemand mit den komplizierten Verfahrensschritten einer Verwaltung auskennt. Zumal die es einem auch nicht einfach macht: Meist bekommt man gesagt, ein bestimmtes Vorhaben habe ja als Beschlusstext öffentlich ausgegangen, - irgendwo an einer Pinnwand im Bürgeramt. Oder es steht in kleingedruckten Verlautbarungen im Anzeigenteil der Lokalzeitungen, in welchem Büro man sich zu den begrenzten Geschäftszeiten für einen kurzen Zeitraum zum Beispiel Bebauungspläne ansehen kann. Selbst diese Veröffentlichungen wurden als Sparmaßnahme von der Ratsmehrheit abgeschafft – gegen die Stimmen der GRÜNEN. Dieser Beschluss musste im Dezember

- Die Hagener GRÜNEN wollen mehr **BürgerInnenbeteiligung** – besonders in der Stadtplanung. Deswegen ist für uns Bedingung, dass auch die Termine der üblichen Bürgeranhörungen im Bauleitplanverfahren wieder in der Presse bekannt gegeben werden, – wie es vor den Sparbeschlüssen üblich war.
- Die Hagener GRÜNEN setzen sich dafür ein, Stadtteilkonferenzen oder aktive Bürgergruppen frühzeitig einzubeziehen, wenn Entscheidungen vor Ort stehen.
- Die Hagener GRÜNEN wollen mehr innovative Instrumente der BürgerInnenbeteiligung, zum Beispiel Gestaltungswshops und Planungszellen, um neue Ideen in die Stadtentwicklung zu tragen.
- Die Hagener GRÜNEN achten darauf, dass die Ergebnisse aus BürgerInnenbeteiligungsprozessen nicht vergessen werden. So haben in der vergangenen Wahlperiode vielversprechende Workshops im Rahmen des Demografieprozesses und des Programms „Stadtumbau West“ stattgefunden. Viele der Vorschläge sind jedoch bisher nur Papiertiger geblieben, weil es am Geld oder dem Willen zur Umsetzung gefehlt hat.

Die Hagener GRÜNEN fordern:

- eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und aktivem bürgerschaftlichem Engagement für alle HagenerInnen durch dem individuellen Bedarf entsprechende Kinderbetreuung. Dies soll auch dazu führen, Frauen mehr Freiräume für politische Arbeit zu verschaffen.
- die Schaffung und den Erhalt von Beratungsangeboten zur Qualifizierung und Weiterbildung von arbeitslosen und erwerbstätigen Frauen sowie Wiedereinsteigerinnen in den Beruf.
- eine Ausbildungsoffensive für mehr Mädchen in technischen Berufen;
- die Konzeptionierung und den Ausbau von Angeboten für Frauen mit Zuwanderungsgeschichte.
- für Alleinerziehende und Frauen in Armut besondere Unterstützungsangebote, Treffpunkte und Qualifizierungsmaßnahmen.
- ausreichenden Schutz gegen häusliche Gewalt. Denn Frauen aller gesellschaftlichen Schichten sind von häuslicher Gewalt betroffen. Hier muss durch qualitativ und quantitativ gute Beratungsangebote gesteuert werden.

2008 teilweise zurückgenommen werden, weil neuere Gerichtsurteile nahe legten, dass bei derart eingeschränkter Information der Öffentlichkeit die Rechtssicherheit von Ratsbeschlüssen nicht mehr gewährleistet war.

Zeit für die Hälfte der Macht: Frauen und Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtergerechte Politik hat von jeher einen zentralen Stellenwert bei den GRÜNEN. Mit der Einführung der Quotierung in unserer Partei und unserem Verständnis von Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe haben wir Maßstäbe gesetzt. Doch es gibt keinen Grund, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Solange Frauen noch viel aufzuholen haben, bedarf es zur Geschlechtergerechtigkeit immer noch intensiver Frauenförderung.

Frauenrechte sind kein Luxusartikel, den man sich nur leistet, solange genügend Geld vorhanden ist. Aktuell werden Frauen aus der Berufstätigkeit gedrängt; Vertretung und Beratung von Frauen sowie Frauenhäuser und andere Einrichtungen für Frauen in Not stehen auf den Kürzungslisten an vorderster Stelle.

Für uns Hagener GRÜNE ist Geschlechtergerechtigkeit wichtige Voraussetzung nachhaltiger, sozial ausbalancierter und demokratischer Politik. Der Ausgangspunkt dafür ist das unmittelbare Lebensumfeld, die Stadt, in der wir wohnen, arbeiten und unsere Freizeit verbringen. Wir GRÜNE Frauen werden daher weiterhin im Frauenbeirat unsere politischen Ideen und Vorstellungen für Hagen einbringen.

Geschlechtergerechte Politik muss in die Verwaltung und in alle gesellschaftlichen Bereiche wirken. Wir unterstützen ausdrücklich die Forderungen des Frauenförderplanes für die Verwaltung:

- eine Informations- und Sensibilisierungskampagne für mehr interne und externe Geschlechtergerechtigkeit.

- gezielte Maßnahmen gegen die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen und im gewerblich-technischen Bereich; dazu gehört allerdings auch, dass Frauen ihre Chancen besser wahrnehmen.
- die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Entwicklungschancen für Frauen in den unteren Einkommensgruppen.
- die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter. Hierzu gehört u.a. eine Beratung und Förderung der Akzeptanz der Elternzeit für Männer. Denkbar ist eine Rahmenvereinbarung mit einem Träger von Betreuungseinrichtungen zur Vereinbarung individueller Betreuungszeiten.
- Die Stadt Hagen muss Vorreiterin bei der Ausbildung und Beschäftigung von MigrantInnen endlich auch in qualifizierten Tätigkeiten sein.
- Eine geschlechtergerechte Finanzpolitik, die nur durch Erhebung entsprechender Kennzahlen möglich wird; nur so wird erkennbar, ob genauso viel Geld für die Interessen von Frauen ausgegeben wird wie für die von Männern.

Zeit für Integration: Chancengleichheit und Beteiligung für Zugewanderte

Integration ist ein lang andauernder und zweiseitiger Prozess, der nur in einem Klima gegenseitiger Toleranz gelingen kann. Integration bedeutet für das Zusammenleben im Gemeinwesen Rechte und Pflichten, aber auch Chancengleichheit und Diskriminierungsverbot. Integration hat vor allem rechtliche, kulturelle und soziale Aspekte.

Jeder siebte Hagener und jede siebte Hagenerin ist AusländerIn. Jeder dritte Hagener hat eine Zuwanderungsgeschichte. Deshalb hat die Stadt Hagen ein umfangreiches Integrationskonzept entwickelt. Aber: für die vorgeschlagenen Maßnahmen



Die Hagener GRÜNEN

- unterstützen die Bestrebung, den Integrationsrat zur Regel zu machen.
- setzen sich dafür ein, dass die Grundgedanken und Leitlinien des Integrationskonzeptes stetig in städtischen Entscheidungen einfließen.
- fordern die Ausbildung von MigrantInnen im öffentlichen Dienst.
- wollen die Weiterentwicklung der Lesestunden in Büchereien.
- fordern, dass die vorschulische Förderung in Mutter-Kind-Kursen ausgebaut wird.
- finden es wichtig, dass bei der weiteren Diskussion um Hagener Schulen die Situation von Kindern mit Migrationshintergrund mitberücksichtigt wird.
- setzen sich für mehr Einbürgerungen und die Möglichkeit von Doppelstaatlichkeit ein.
- fordern für Hagen eine Flüchtlingspolitik, die ein aktives Leben und die Integration möglich macht.
- laden MigrantInnen ein, sich an der politischen Arbeit für eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Gesellschaft zu beteiligen.

in den Bereichen Wohnen, Bildung, Kultur, Sport gibt es im städtischen Haushalt kein Geld, weil fast alles zu den freiwilligen Leistungen gehört und damit in Zeiten der Haushaltssicherung unter den Tisch fällt.

Trotzdem gibt es Fortschritte z. B. im Bereich der vorschulischen Förderung. Im Sport und bei kulturellen Aktivitäten, wie z. B. vom Kinder- und Jugendtheater oder dem Projekt „Sehnsucht nach Ebene 2.“ Und in den Leseprogrammen der Hagener Büchereien findet Integrationsarbeit statt, weil sich Verbände, Vereine und ehrenamtlich tätige Menschen hierfür engagieren.

Die Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ist aber immer noch unbefriedigend. Ein positiver Ansatz ist der Integrationsrat, bestehend aus gewählten MigrantInnen und Ratsmitgliedern, die den Rat bei Themen mit Integrationsaspekten beraten.

Flüchtlinge gehören weiterhin zu den Ausgegrenzten in unserer Gesellschaft. Sie haben ihr Heimatland nicht ohne Not verlassen. Sie verdienen unsere Teilnahme und Unterstützung. Sie sind in unserer Stadt willkommen. Ein jahrelang ungesicherter Aufenthalt, Benachteiligung bei sozialen Leistungen und bei Sprach- und Arbeitsförderung belasten die Menschen und verzögern ihre Integration.

Viele Entscheidungen, die das Leben von Zuwanderern maßgeblich beeinflussen und die internationale Flüchtlingspolitik strukturieren, werden nicht in den Kommunen, also auch nicht in Hagen getroffen. Die Hagener GRÜNEN setzen sich auch auf Landes- und Bundesebene für eine weltoffene und menschliche Zuwanderungspolitik ein, die Schutz vor Gewaltregimen, Terror und Hunger gewährleistet und die Integration von ZuwandererInnen fördert. Nähere Informationen dazu finden Sie in unserem neuen Bundeswahlprogramm, das Sie bei den Hagener GRÜNEN am Stand, in der Geschäftsstelle Goldbergstraße 17 bekommen oder von www.gruene.de herunterladen können.

Zeit für Transparenz

Viele Entscheidungen fallen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das ist meist kein böser Wille; hier wird nicht bewusst verschleiert, sondern es sind – meist finanzielle oder personalpolitische – Interessen Dritter berührt. Und da sagt das Gesetz sehr eindeutig, dass die gar nicht öffentlich behandelt werden dürfen.

In Hagen wird dies allerdings oft sehr eng ausgelegt: Auch wenn es um das Geld der Bürgerinnen und Bürger geht, wird allzu oft die Öffentlichkeit außen vor gelassen. Und die Verlagerung von ehemals öffentlichen Aufgaben in private Unternehmen – die dann aber mehrheitlich oder komplett doch wieder der Stadt gehören – sorgt dafür, dass zum Beispiel für die Höhe und das Zustandekommen von Gebühren nichtöffentlich tagende Aufsichts- und Verwaltungsräte zuständig sind. Alles streng nach Recht und Gesetz, aber die Bevölkerung verliert den Überblick und meist auch das Interesse.

Dadurch entziehen sich diese Strukturen auch der öffentlichen Kontrolle – Selbstbedienung, Vorteilsnahme und schlimmstenfalls Korruption können nur in diesem Klima gedeihen. Allerdings hat sich die Situation in den vergangenen Jahren verbessert: Zum Beispiel wurden die Vorstandsposten bei so wichtigen städtischen Unternehmen und Beteiligungen wie der HVG und der SEWAG/Mark E in sauberen Auswahlverfahren an befähigte Bewerber vergeben. Das alte System der schwarzen Pöstchenschieberei ist in Hagen auf dem Rückzug. Trotzdem bleibt es wichtig, dass hier auch weiterhin Politikerinnen und Politiker eine wirksame Kontrolle ausüben, die unverdächtig sind, sich an Mauscheleien und Postengeschacher zu beteiligen.

Die Hagener GRÜNEN haben keine Vorstandsposten oder andere Besitzstände zu verteidigen.



Die Hagener GRÜNEN haben aber mittlerweile Sitz und Stimme in den meisten Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften. Diese Aufsichtsratsmitgliedschaften sind keine „Pfründe“, sondern bieten die Gewähr, dass die demokratisch gewählten Vertreter der Bürgerschaft auch dort Aufsichts- und Kontrollrechte wahrnehmen, wo die Erfüllung öffentlicher Aufgaben nicht mehr unmittelbar durch die Stadtverwaltung wahrgenommen wird. Wir wollen, dass auch hinter diesen verschlossenen Türen integre Politikerinnen und Politiker die bürgerschaftliche Kontrolle ausüben. Die Hagener GRÜNEN sind unabhängig und haben einen wachen Blick auf die Verwendung öffentlicher Gelder, die der Bürgerschaft gehören.

Zeit für mehr direkte Demokratie

Wer in seiner Stadt wirklich mitbestimmen will und dafür nicht in Parteien und Ratsgremien mitarbeiten möchte, hat auch die Instrumente der direkten Demokratie zur Verfügung:

- Das Bürgerbegehren, mit dem der Rat gezwungen werden kann, eine bestimmte Sachfrage nochmals aufzugreifen, um seine getroffene Entscheidung vielleicht zu ändern.
- Den Bürgerentscheid, der nach dem Scheitern eines Bürgerbegehrens dafür sorgen kann, dass ein Ratsbeschluss aufgehoben wird. Leider sind die Hürden sehr, sehr hoch: Das Anliegen des Bürgerentscheides muss von mindestens 20% der Wahlberechtigten in Hagen unterstützt werden, damit er überhaupt gültig ist. Wenn man weiß, wie erschreckend niedrig schon die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen häufig ausfällt, wird klar, wie schwer es für eine ehrenamtlich arbeitende



Initiative ist, auch nur die erforderlichen 20% zu einer einzelnen Sachentscheidung an die Urnen zu bekommen. Problematisch ist außerdem, dass Bürgerbegehren und -entscheide sich in NRW nicht mit dem städtischen Haushalt und Entscheidungen aus dem Bau- und Planungsbereich befassen dürfen.

- Neuerdings sieht die Gemeindeordnung auch den „Rats-Bürgerentscheid“ vor. Mit diesem neuen Verfahren kann der Rat selber in wesentlichen Fragen eine Entscheidung durch die Bevölkerung veranlassen. Die Beteiligungshürden und die thematischen Einschränkungen gelten aber hier genauso. Dieses Instrument ist also kein Königsweg, mit dem sich regelmäßig in wichtigen Fragen die Meinung der Bürgerschaft abfragen lässt.

Aus der vorletzten, schwarz-gelb regierten Ratsperiode bestand noch der skandalöse Beschluss, bei zukünftigen Bürgerentscheiden keine schriftlichen Abstimmungsbenachrichtigungen mehr zu verschicken. Die Bürgerinnen und Bürger sollten also aus der Zeitung entnehmen, dass sie zu einer Sachfrage ihre Stimme abgeben dürfen, und sich dann auch noch heraussuchen, wo sie das tun können. Die Hagener GRÜNEN hatten massiv gegen diesen Beschluss protestiert, und er musste nach Intervention der Landesgesetzgebung in der vorigen Ratsperiode aufgehoben werden.

Seit dem Jahr 2008 ist die direkte Demokratie aber erneut gefährdet: Als gegen den Beschluss aus dem Sparpaket des Mentors zur Schließung von Schulstandorten ein Bürgerbegehren mit 13.000 Unterschriften mobilisiert wurde, zog das Regierungspräsidium in Arnsberg dessen Gültigkeit in Zweifel, und zwar mit einem gefährlichen Argument: Jedes Bürgerbegehren muss laut Gesetz einen Finanzierungsvorschlag für die vorgeschlagene Maßnahme enthalten. Im vorliegenden Fall mussten die Initiatoren vorschlagen, wie sie die Einsparungen, die durch die Schulschließungen erreicht werden sollten, auf andere Weise nachweisen können. Da Hagen

Zeit für faire Bürgerentscheide

- Die Hagener GRÜNEN setzen sich bei der Landesregierung dafür ein, dass es klare Durchführungsbestimmungen und eine niedrigere Beteiligungsschwelle für Bürgerentscheide gibt, um in Zukunft mehr direkte Demokratie möglich zu machen.
- Die Hagener GRÜNEN kämpfen dafür, dass auch in Kommunen unter Nothaushaltsrecht – wie Hagen – weiterhin Bürgerbeteiligung durch direkt-demokratische Verfahren möglich ist.
- Die Hagener GRÜNEN treten dafür ein, dass die thematischen Beschränkungen, die das Landesrecht für Bürgerbegehren und -entscheide vorsieht, abgeschafft werden. In anderen Bundesländern gibt es weder den Ausschluss von Bau- und Planungsthemen noch den Zwang zu einem verpflichtenden Gegenfinanzierungsvorschlag.



aber pleite ist, kann das nach Meinung des Regierungspräsidenten prinzipiell nicht nachgewiesen werden, da jeder Finanzierungsvorschlag nicht alternativ zu einer anderen Sparmaßnahme, sondern immer zusätzlich betrachtet werden müsse: Durchgeführt werden müssten dann zwangsläufig beide Einsparmaßnahmen, da die Stadt zum Haushaltsausgleich verpflichtet ist. Diese Vorgabe würde dazu führen, dass in verschuldeten Gemeinden überhaupt keine Bürgerbegehren und -entscheide mehr möglich wären. Das ist aus GRÜNER Sicht völlig unmöglich.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Kreisverband Hagen
Goldbergstraße 17
58095 Hagen
Tel. 02331-333822
E-Mail: kv@gruene-hagen.de

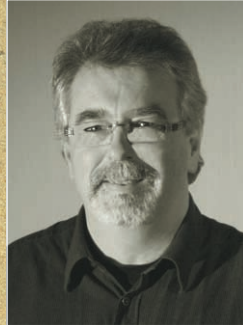
Vi.S.d.P.:
Jürgen Klippert
Christa Stiller-Ludwig



Zeit für unser Team



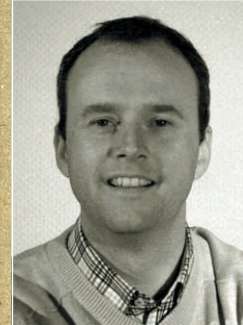
Joachim Riechel
OB-Kandidat
Platz 1 Stadtrat



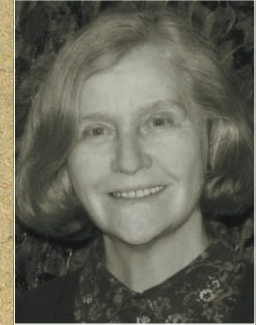
Rüdiger Ludwig
Platz 2 Stadtrat
Platz 1 Bezirksvertretung Haspe



Barbara Richter
Platz 3 Stadtrat



Sebastian Kayser
Platz 4 Stadtrat



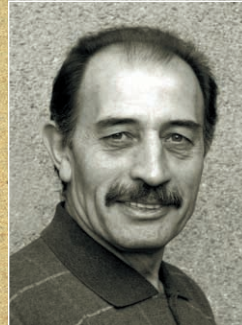
Hildegund Kingreen
Platz 5 Stadtrat



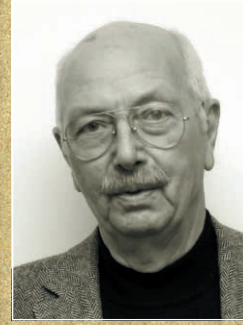
Dr. Rainer Preuß
Platz 6 Stadtrat
Platz 1 Bezirksvertretung
Eilpe/Dahl



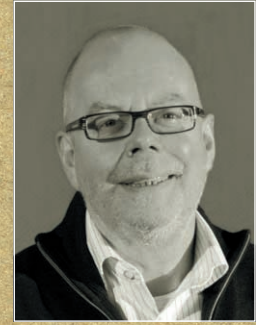
Benedikta Buddeberg
Platz 7 Stadtrat
Platz 1 Bezirksvertretung
Hohenlimburg



Mehmet Kilic
Platz 8 Stadtrat



Jürgen Thormählen
Platz 1 Bezirksvertretung Mitte



Hans-Georg Panzer
Platz 1 Bezirksvertretung Nord



Am 30. August gibt es 3 Stimmen für uns zu vergeben:

- 1. für die GRÜNEN im Rat**
- 2. für die GRÜNE Bezirksvertretungsliste**
- 3. für unseren Oberbürgermeisterkandidaten**

Joachim Riechel

*Wir brauchen
alle 3 !!!*

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



ZEIT-FUER-GRUEN.DE

www.gruene-hagen.de